

ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ



DIE ÖSTERREICHISCHE REKTORENKONFERENZ

JAHRESBERICHT 2011



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber | Österreichische Universitätenkonferenz

Generalsekretariat | Floragasse 7/7 | A-1040 Wien

Tel.: 01/310 56 56-0 | Fax: 01/310 56 56-22 | E-Mail: office@uniko.ac.at | www.uniko.ac.at

Redaktion | Manfred Kadi | Generalsekretariat

Gestaltung | Grafik-Atelier Heuberger | Wien

Fotos | uniko-Archiv | Franz Pflügl | Fotostudio Floyd | osaka | GerhardHeller |

Lunghammer | Katharina Roßboth | Matern | Cp-pictures | Fotostudio Weinwurm | Viktor Brazdil |

Harald Wendelin | Luigi Caputo | KURIER | Martin Gnedt | APA/picturedesk.com | Wilhelm Denk |

Thomas Preiss | Andreas Pessenlehner | Herbert Neubauer | Wikimedia Commons | TUBS |

photocase.com | Gerti G | Yali Shi | AKhodi | MEV

Druck | gugler cross media | Melk

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung:



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, gugler cross media, Melk; UWZ 609; www.gugler.at

KOMMENTAR PRÄSIDENT SCHMIDINGER	2
KOMMENTAR GENERALSEKRETÄR WULZ	3
GRUSSWORT BUNDESMINISTER TÖCHTERLE	4
GRUSSWORT OECD-BILDUNGSDIREKTORIN ISCHINGER	5
JAHRESRÜCKBLICK	6
REKTORATSCHRONIK: INAUGURATIONEN	8
KOMMENTAR WINCKLER	9
STREITGESPRÄCH ÖH-VORSITZENDE VS. uniko-PRÄSIDENT	10
NACHLESE 100 JAHRE REKTORENKONFERENZ – WELAN	12
INTERVIEW ANDROSCH	14
FOKUS GENDER: BLIMLINGER, HAMMERSCHMID	16
FOKUS GENDER: NEUPER, SEIDLER	17
ANALYSE FLÄCHENKONZEPTE – NEDOBITY	18
FORUMSNOTIZEN: BUDGET	19
FORUMSNOTIZEN: INTERNATIONALES	20
GASTKOMMENTAR QUALITÄTSSICHERUNG – RIEGLER	22
FORUMSNOTIZEN: FORSCHUNG	23
ANALYSE EUROPÄISCHER HOCHSCHULRAUM – WESTPHAL	24
FORUMSNOTIZEN: LEHRE	25
ANALYSE KOLLEKTIVVERTRAG – SCHÖBERL	26
SPLITTER: MOMENTAUFNAHMEN 2011	27
KOMMENTAR BAST – KUNSTUNIVERSITÄTEN	28
KOMMENTAR SCHÜTZ – MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN	29
GASTKOMMENTAR Hochschulpolitik – FÖDERL-SCHMID	30
MEDIENECHO Berufung und Instanz – KADI	31
ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ	32
GENERALSEKRETARIAT	35

KOMMENTAR

DER REKTOR ALS MINISTER – EIN ZEITFENSTER FÜR DIE UNIVERSITÄTEN



Heinrich Schmidinger
Univ.-Prof. Dr.
Präsident

Für die österreichischen Universitäten waren 2011 drei Ereignisse von ausschlaggebender Bedeutung:

Zunächst wurde ein Mitglied der Universitätenkonferenz, der Rektor der Universität Innsbruck, Prof. Dr. Karlheinz Töchterle, zum Bundesminister für Wissenschaft und Forschung bestellt. Damit bot und bietet sich seit Langem wieder die Chance, innerhalb der Bundesregierung durch einen Minister vertreten zu sein, der die Einrichtung „österreichische Universität“ genau kennt, ihre prekäre Situation aus eigener Erfahrung versteht und wie kaum ein anderer weiß, was den Universitäten in unserem Land nützt. Diese Chance in einem ebenso engen wie konstruktiv-kritischen Kontakt mit dem Minister zu nützen ist wohl das Gebot – nicht nur der Stunde, sondern des gesamten „Zeitfensters“, das sich am Wiener Minoritenplatz geöffnet hat.

Sodann kam es vor allem durch den Einsatz von Minister Töchterle gegen Jahresende zur Verkündung der sogenannten „Universitätsmilliarde“, eines Betrages von genau 990 Millionen Euro, der zum allergrößten Teil den Universitäten für die Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015 zur Verfügung stehen wird und zu 750 Millionen aus „frischem Geld“ resultiert. Dies ist in Zeiten der milliardenschweren Sparpakete nicht nur eine außergewöhnliche Maßnahme, die Anerkennung verdient, sondern für die Universitäten, die sich seit Mai

2010 mit der Hiobsbotschaft konfrontiert sahen, ihre Budgets bis auf Weiteres einfrieren zu müssen, eine lebenswichtige Perspektive.

Schließlich hat nach jahrelangem Drängen der Rektoren- und späteren Universitätenkonferenz das Wissenschaftsministerium den „Hochschulplan“ in Angriff genommen, der den gesamten tertiären Bildungssektor strukturieren und koordinieren soll (vorläufig leider noch ohne die Pädagogischen Hochschulen). Hauptziele desselben sind zum einen eine Hochschulkonferenz, die den/die Minister/in bei zentralen Fragen, den „Hochschulraum Österreich“ als Ganzes betreffend, zu beraten hat, was dieser/diese über die Leistungsvereinbarungen mit den autonomen Universitäten verhandelt; zum anderen eine neue Finanzierung der Universitäten durch ein System der Studienplatzbewirtschaftung.

Noch muss alles Genannte mit konkretem Leben erfüllt werden. Vor allem Hochschulplan und „Universitätsmilliarde“ harren weiter der Finalisierung und Realisierung. Keine leichte Aufgabe, weil beides nur dann sinnvoll und zielgenau zum Einsatz gelangt, wenn damit der hohen Komplexität der Einrichtung „Universität“, wie sie nun einmal besteht, und zugleich auch der Unterschiedlichkeit der einzelnen Universitäten, ja sämtlicher Einrichtungen auf dem tertiären Sektor entsprochen wird. Es ist Aufgabe des Jahres 2012, in beiderlei Hinsicht die definitiven Schritte zu setzen.

EINE BILANZ, REICH AN FACETTEN: VORRANG FÜR uniko VOR TEILINTERESSEN

Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär



F Nach beinahe zehn Jahren neigt sich meine Funktion als Generalsekretär der Rektorenkonferenz/Universitätenkonferenz (uniko) dem Ende zu: Zeit also für eine kleine Bilanz.

Seit Herbst 2002 hat sich die uniko grundlegend verändert: 2003/04 wurde die Organisation in privater Rechtsform neu konstituiert; 2008 änderte sich der Name und damit wohl auch ein Stück des Selbstverständnisses; 2010 wurde ein neues Büro im 4. Wiener Gemeindebezirk bezogen. Neu sind vor allem viele – die meisten – Gesichter. Naturgemäß haben sich mit diesen äußeren Veränderungen auch Aufgaben und Arbeit der Konferenz gewandelt.

Beispielhaft hervorzuheben sind etwa die neue Rolle als Arbeitgeberverband, die der uniko durch die Servicierung des „Dachverbandes der Universitäten“ zugewachsen ist, sowie der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit – wurde doch gerade die mediale Präsenz der uniko in den letzten Jahren wesentlich gesteigert.

Ich hatte das Glück, alle diese Entwicklungen in spannender Zeit begleiten und ein Stück weit mitgestalten zu können, wofür ich sehr dankbar bin. Wo liegen nun aber die Herausforderungen für die Zukunft?

Das zentrale Thema wird sein, Kooperation und Konkurrenz autonomer Universitäten immer wieder neu in die Waage zu bringen. Dies setzt zweierlei voraus: erstens, dass die Universitäten Kooperation als strategisches Wettbewerbsinstrument begreifen – eine Perspektive, die nach anfänglicher Suche des je eigenen Weges in den ersten Jahren der Universitätsautonomie in letzter Zeit wieder deutlicher hervortritt. Und zweitens, dass es gelingt, Bereiche gemeinsamen Interesses klar von jenen Themen zu trennen, in denen eigenständige Lösungen sinnvoller und damit notwendig sind.

Wo die uniko nach außen Kraft zeigen soll, darf ihre gemeinsame Position nicht durch Eigeninteressen unterlaufen werden. Dies verlangt von den einzelnen Mitgliedern auch die Disziplin, demokratische Entscheidungen zu akzeptieren. Geschieht dies nicht, gerät die uniko in die Geiselhaft von Partikularinteressen und setzt sich letztlich zu Recht der Kritik mangelnder Durchsetzungsfähigkeit aus.

Was ich der uniko im 101. Jahr ihrer langen und facettenreichen Geschichte am meisten wünsche: dass sie auch weiterhin – und vielleicht in Zukunft noch mehr – keine verhin-dernde, sondern eine kreativ verändernde, gestaltende Kraft im Hochschulwesen und darüber hinaus sein möge.

GRUSSWORT

DIE PERSPEKTIVE WECHSELTE, DIE ANLIEGEN NICHT



Karlheinz Töchterle

Univ.-Prof. Dr.
Bundesminister für
Wissenschaft und Forschung

F Als mir am Palmsonntag 2011 das Amt des Wissenschafts- und Forschungsministers angeboten wurde, sagte ich nach kurzer, aber tiefer Überlegung zu, getrieben von der Hoffnung, mit meinem in Jahrzehnten erworbenen Wissen um die Befindlichkeiten der Universitäten einen Beitrag zu ihrer gedeihlichen Weiterentwicklung leisten zu können.

Mein Erfahrungsschatz speist sich einerseits aus den üblichen universitären Rollen als Student, Assistent, Dozent und Professor, andererseits aus vielen Funktionen in der universitären Selbstverwaltung unter vier verschiedenen Gesetzesregimen. Diese Funktionen kulminierten schließlich in meinem Rektorat der Universität Innsbruck ab 2007, das naturgemäß den tiefsten Ein- und weitesten Umblick in bzw. über die Probleme unserer Hohen Schulen gewährte. Die Probleme, aber auch die Lösungsansätze sind uns allen wohl vertraut und müssen hier nicht aufgelistet werden. Einige davon konnte ich in meiner bisherigen Amtszeit angehen und einer Lösung zumindest näherbringen.

Sehr, im Diskurs bisweilen wohl zu dominant ist die unbefriedigende Finanzierung, deren Dominanz ich bisweilen beklage, weil sie in der Öffentlichkeit das falsche Bild eines desolaten Zustandes der österreichischen Universitäten vermittelt. Wir sind schlechte Verkäufer unserer Sache, wenn wir sie stets so einseitig und so

negativ präsentieren. Die Hochschulmilliarde für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode, im Kontext einer strengen Budgetkonsolidierung nicht leicht erzielbar, sollte hier eine Linderung bringen. Noch einmal etwa die Hälfte dieses Betrages wäre durch Studienbeiträge zu erreichen, wozu ich einen entsprechenden Gesetzesvorschlag unterbreitet habe. Hier hoffe ich, wenigstens mittelfristig erfolgreich zu sein, benötige dazu aber dringend konstante Unterstützung.

Eine beträchtliche Steigerung der Forschungsgelder erhoffe ich mir durch Umsetzungsschritte der im Vorjahr vorgelegten FTI-Strategie und durch das achte EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“, zumal wir schon im siebenten überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben.

Ein weiteres drängendes Problem besteht im Fehlen von Zugangsregelungen für Massenfächer. Sie sollten im Rahmen der angebahnten Studienplatzfinanzierung möglich werden. Diese wiederum steht im Kontext des Hochschulplans, in dem wir Ende letzten Jahres ein Etappenziel erreichen und präsentieren konnten. Er ist insgesamt als ein laufender Prozess planender und unter den Betroffenen abgestimmter Entwicklung zu sehen. Auch hier geht mein Appell an meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der uniko, sich konstruktiv einzubringen im Sinne meines Mottos „viribus unitis“.

NEUES RÜSTZEUG FÜR STUDIERENDE: UNIVERSITÄT MUSS IHRE MISSION DEFINIEREN

Barbara Ischinger
Prof. Dr.ⁱⁿ
Bildungsdirektorin
OECD Paris



Hochqualifizierte konnten ihre besseren Arbeitsmarktchancen weiter ausbauen, obwohl in den vergangenen Jahren in Österreich, wie in fast allen anderen OECD-Ländern, der Anteil der Absolventinnen und Absolventen einer tertiären Ausbildung deutlich gestiegen ist. Das Studium wird also zunehmend attraktiv, und so weisen auch bei den Studienanfängern und -anfängerinnen die Zahlen nach oben. Lag im Jahr 2007 der Anteil der Studienanfänger/innen an Hoch- und Fachhochschulen noch bei 42 Prozent, so erreichte die Quote 2009 54 Prozent. Es gilt, diese Studierenden auch zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

In den vergangenen fünf Jahrzehnten hat sich das Gleichgewicht zwischen den Beschäftigungssektoren – und den in diesen Sektoren nachgefragten Qualifikationen – verlagert. Sowohl für traditionelle als auch für neue Tätigkeitsfelder sind heute qualifizierte Arbeitskräfte erforderlich. Während sich diese allgemeinen Trends voraussichtlich fortsetzen werden, befindet sich der spezifische Qualifikationsbedarf der Arbeitgeber in einem stetigen Wandel – und ist schwer vorhersehbar. Andererseits wissen wir bereits heute, dass die jungen Menschen, die in den

Arbeitsmarkt eintreten, im Verlauf ihres Arbeitslebens mehrfach den Arbeitgeber oder sogar den Beruf werden wechseln müssen.

Zu der Vorbereitung auf den modernen Arbeitsmarkt gehört daher auch die Vermittlung der Fähigkeit, mit Ungewissheiten und mit Veränderungen umgehen zu können. Hier sind auch die Universitäten gefordert, über den reinen akademischen Lehrplan hinaus diese allgemeineren Fähigkeiten zu vermitteln: analytisches Denken, kreative Kompetenzen, Teamwork u. a.; die Absolventen benötigen dieses Rüstzeug, um sich in einer ständig wechselnden Umwelt anpassen zu können.

Die Absolventinnen und Absolventen können sich nicht auf den Ertrag des Erlernten verlassen; sie müssen die Bereitschaft, die Fähigkeit und die Gelegenheiten haben, sich während ihres gesamten Erwachsenenlebens weiter fortzubilden. Will die Universität die Institution sein, die das entsprechende Fortbildungsprogramm anbietet? Im internationalen Wettbewerb zwischen Hochschulen gilt es für jede einzelne Institution ihre zukünftige „Mission“ zu definieren, auch im Hinblick auf das internationale Umfeld.

JAHRESRÜCKBLICK

ROCHADEN, BLOCKADEN UND SCHARMÜTZEL: DER MÜHSAME PFAD ZUR UNIVERSITÄTSFINANZIERUNG

R Personelle Rochaden und politische Blockaden kennzeichneten die Hochschulpolitik 2011: Beatrix Karl musste 15 Monate nach der Angelobung ihren Platz als Ministerin für Wissenschaft und Forschung räumen, als Nachfolger zauberte die Regierungspartei ÖVP den parteifreien Rektor der Universität Innsbruck, Karlheinz Töchterle, aus dem Hut. Auch in den Rektoraten führten die mit Ende September auslaufenden Amtsperioden zu Neubestellun-

gen, die auch einen Wechsel an der Spitze der Universitätenkonferenz von Hans Sünkel zu Heinrich Schmidinger zur Folge hatten. Die politischen Debatten erschöpften sich im Tauziehen um den Finanzbedarf der Universitäten und in (koalitionären) Scharmützeln um Studiengebühren, bevor kurz vor Jahresende die Präsentation eines Hochschulplans und der „Hochschulmilliarde“ durch den Bundesminister allgemeines Aufatmen auslösten.

R Die seit Jänner 2010 erkennbare Dynamik in der Leitung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) hatte zur Folge, dass Hans Sünkel als Präsident der Universitätenkonferenz (uniko) in nicht einmal anderthalb Jahren drei verschiedene Namen am Türschild des Ministerbüros lesen konnte – Johannes Hahn, Beatrix Karl, Karlheinz Töchterle. Dafür entpuppte sich der vormalige Rektor aus dem heiligen Land Tirol schon bald nach seinem Rollen- und Tapetenwechsel als Glücksgriff für seine Erfinder in der Volkspartei. Der Altphilologe erklomm durch unkonventionelles Auftreten, speziell mit frei gehaltenen Reden unter Berufung auf sämtliche Denker der Antike, ungeahnte Spitzenwerte in den Politikerrankings.

Seine vormaligen Kollegen in der uniko nahmen Töchterle schon fünf Tage nach Amtsantritt in die Pflicht, was zum ersten Konflikt führte. Die Plenarversammlung forderte den neuen Minister auf, dem Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 seine Zustimmung zu verweigern – ein Appell, dem der neue Ressortchef nicht Fol-

ge leisten wollte. Töchterle war unversehens in die Zwickmühle geraten, weil er noch einen Tag vor seiner Angelobung als Minister am 21. April einen gemeinsam vom uniko-Präsidium und der HochschülerInnenschaft (ÖH) verfassten offenen Brief an die Bundesregierung adressiert hatte. Darin wurde einmal mehr darauf hingewiesen, dass den Universitäten ab 2013 rund 300 Millionen Euro jährlich zur Aufrechterhaltung ihres bisherigen Leistungsumfangs fehlen werden. Obwohl er „sich selbst einen Brief geschrieben“ hatte, versuchte der Neopolitiker in der Folge die Notwendigkeit der dreimal 300 Millionen Euro in Frage zu stellen.

Im Sommer erhöhten sich die Spannungen zwischen Rektoraten und dem BMWF, als der Rektor der Wirtschaftsuniversität (WU), Christoph Badelt in Absprache mit den Mitgliedern der uniko verkündete, nach den gescheiterten Verhandlungen über eine Anpassung der Leistungsvereinbarung mit dem Ministerium den Rechtsweg zu beschreiten. Die Begründung der WU: Trotz steigender Studierendenzahlen wer-

de der Universität eine Zugangsregelung verweigert, gleichzeitig keine Budgeterhöhung zugestanden. Tatsächlich beschied die Schlichtungsstelle beim BMWF zum Jahresende, dass der WU nachträglich sechs Millionen Euro mehr für die laufende Leistungsvereinbarungsperiode zu überweisen seien.

Einen Monat nach dem WU-Coup setzte der Verfassungsgerichtshof den nächsten Paukenschlag: Die Höchststrichter hoben das Gesetz über die Studienbeiträge und die Befreiung davon vom September 2008 als verfassungswidrig auf und räumten dem Nationalrat eine Reparaturfrist bis 29. Februar 2012 ein. Die uniko forderte den Gesetzgeber umgehend auf, für eine verfassungskonforme Neuregelung zu sorgen.

Als sich im Spätherbst abzeichnete, dass Töchterle mit dem widerspenstigen Koalitionspartner SPÖ nicht zeitgerecht handelseins werden und deshalb den Universitäten ab dem Sommersemester ein Betrag von insgesamt 35 Millionen Euro jährlich entgehen könnte, beschloss das uniko-Plenum im Dezember, die Studienbeiträge selbst zu regeln: Demnach konnten ab März 2012 alle Studierenden die Universität gratis besuchen, da aufgrund des Fristenlaufs eine Gebühreneinhebung nicht mehr möglich war. Ab Herbst 2012 wird allerdings eine Reihe von Universitäten autonom jene Studienbeiträge, die bisher von Langzeitstudierenden und Studierenden aus Nicht-EU-Ländern eingehoben wurden, neuerlich in Rechnung stellen. Das zusätzliche Begehren der Rektorinnen und Rektoren an das BMWF, die fehlenden 17 Millionen Euro aus dem Sommersemester zu ersetzen, lehnte der Minister beharrlich ab.

Nach der beinahe gescheiterten Neuregelung der Inskriptionsfrist für Erstsemestrige (siehe Seite 25) kam in den letzten Monaten des Jahres doch noch Bewegung in die träge Tagespolitik. Der Wissenschaftsminister eröffnete im September einer staunenden Öffentlichkeit via TV-Pressesendung, dass er von Finanzministerin Maria Fekter die Zusage für eine zusätzliche Hochschulmilliarde, vornehmlich für die Universitäten, erhalten habe.

Die allgemeine Skepsis wurde erst mit der Frohbotschaft drei Tage vor dem Weihnachtsabend zur Gewissheit: Töchterle präsentierte gemeinsam mit dem neuen uniko-Präsidenten Heinrich Schmidinger und den Spitzen der Fachhochschul-Konferenz und der Uni-Senate das Konzept für die Ausschüttung von zusätzlichen 990 Millionen Euro in den Jahren 2013 bis 2015: Davon werden 750 Millionen an „frischem Geld“ durch Aufstockung der Globalbudgets (300 Millionen) und über einen mit Steuerungszielen definierten Strukturfonds (450 Millionen) aufgebracht, die restlichen 240 Millionen speisen sich aus den 2010 beschlossenen „Offensivmitteln“. Als Zugabe stellte der Minister den Entwurf des Hochschulplans vor: Für den wichtigsten der vier Eckpunkte, die kapazitätsorientierte Universitätsfinanzierung, steht freilich die Einigung mit dem Koalitionspartner aus.

Die Neuwahlen der Rektorate führten in fast einem Drittel aller Universitäten zu neuen Leitungsgremien, sodass mit Beginn des Wintersemesters 2011/12 drei neue Rektoren und drei neue Rektorinnen (siehe auch Seite 16 und 17) die Amtsgeschäfte ihrer Vorgänger übernahmen. Damit verbunden war eine Neuwahl

„Ich habe mir selbst einen Brief geschrieben.“

Bundesminister **Karlheinz Töchterle** wird kurz nach seiner Angelobung am 21. April 2011 von seiner Vergangenheit als Rektor eingeholt und erinnert sich der Forderungen des uniko-Präsidiums an die Bundesregierung.

des uniko-Präsidiums Anfang Oktober, da Hans Sünkel mit Ende September seine Funktion als Rektor der TU Graz und damit als Präsident der uniko beendete. An der Spitze des neuen Präsidiums steht seit 10. Oktober Heinrich Schmidinger, Rektor der Universität Salzburg, zum Stellvertreter des Präsidenten wurde erneut Gerald Bast, Rektor der Angewandten, bestellt. Mit den weiteren Mitgliedern – Christoph Badelt (Wirtschaftsuniversität), Heinz Engl (Uni Wien), Christa Neuper (Uni Graz), Wolfgang Schütz (Meduni Wien) und Sabine Seidler (TU Wien) – erscheint auch die Kontinuität der personellen Schlagkraft der uniko über 2012 hinaus bestens abgesichert. *mk*

REKTORATSCHRONIK

ABSCHIED UND AUFBRUCH



1 TECHNISCHE UNIVERSITÄT GRAZ. Im Auftrag einer 200-jährigen Tradition (Bild oben links): Der neue Rektor Harald Kainz (links) posiert mit seinem Vorgänger Hans Sünkel vor der Galerie der Magnificenzen des 20. Jahrhunderts.

2 AKADEMIE DER BILDENDEN KÜNSTE. Erstmals in der Geschichte der Akademie und der österreichischen Universitäten übernimmt ein weibliches Leitungsteam die Amtsgeschäfte (Bild oben rechts): Rektorin Eva Blimlinger, Vizerektorin Andrea B. Braidt, Vizerektorin Karin Riegler (von rechts nach links).

3 UNIVERSITÄT WIEN. Übergabe des Zepters an der größten Universität des Landes (Bild Mitte links): Der scheidende Rektor Georg Winckler (rechts) überreicht seinem Nachfolger Heinz Engl die Insigne anlässlich der feierlichen Inauguration.



4 UNIVERSITÄT GRAZ. Die Kette des Rektors wird erstmals in der Geschichte der Universität den Talar einer Rektorin schmücken (Bild Mitte rechts): Der scheidende Amtsinhaber Alfred Gutschelhofer stattet Christa Neuper mit allen Zeichen der Würde des Amtes aus.

5 TECHNISCHE UNIVERSITÄT WIEN. Premiere am Karlsplatz, wo das Schicksal der Universität in Frauenhände gelegt wird (Bild unten links): Die neue Rektorin Sabine Seidler bereitet Peter Skalicky nach 20 Jahren Amtszeit als Rektor der TU Wien einen berührenden Abschied.

6 MONTANUNIVERSITÄT LEOBEN. Höchste akademische Weihen in Bergmannstracht (Bild unten rechts): Der scheidende Rektor Wolfhard Wegscheider (rechts) gibt seinem Nachfolger Wilfried Eichlseder ein „Glück auf!“ mit auf den Weg.



OPEN SCIENCE ALS ZUKUNTSFELD: DIE TEILNAHME AN FORSCHUNG WIRD BREITER

Georg Winckler
Univ.-Prof. Dr.
Rektor der Universität Wien
von 1999 bis 2011



Die künftige Stellung Europas hängt von der Bildung seiner Bevölkerung und deren Forschungsleistungen ab. Die Universität als Trägerin von Bildung und Forschung sollte daher langfristig gestärkt werden. Derzeit geschieht dies zu wenig, dabei könnte Europa viel von Asien lernen: Dort wird in wachsendem Maß in Universitäten investiert.

Die EU hat diese globale Herausforderung für Europa erkannt. Sie verknüpft ihre Bereitschaft, vermehrt in Bildung und Forschung zu investieren, mit der Einsicht, dass Zukunftsthemen der Gesellschaft auf europäischer Ebene zu behandeln sind. Im Rahmen des für 2014 bis 2020 geplanten Programms „Horizon 2020“ soll die Forschung in Bereichen wie Alterung, Klimawandel, Energie, „smart, green and integrated transportation“ mit mehr als 30 Milliarden Euro gefördert werden.

Mehr Exzellenz, mehr Mut zu „high risk – high gain“-Forschung, gemeinschaftliches Bemühen um die Zukunftsthemen sind gefragt. In einem Europäischen Forschungsraum soll nicht jeder Mitgliedsstaat meinen, für sich das Rad neu erfinden zu müssen. Exzellenzprogramme wie das ERC, eine gemeinsame Innovationsnachfrage werden dafür sorgen, dass über Wettbewerb die besten Köpfe und Ideen zum Zug kommen. Den Interessen der forschungsschwachen Mitgliedsstaaten kann über die „Lisbonisation“ der Strukturfondsmittel Rechnung getra-

gen werden. Die EU sagt überdies zu, ihre Bürokratie zu minimieren.

Die Universität 2020 wird neben der Europäisierung von Bildung und Forschung durch einen zweiten Trend geprägt sein. Bisher war das Wissenschaftssystem ein recht geschlossenes: Wissenschaftliches Arbeiten erforderte den Zugang zu exklusiven Daten und Publikationen. Ein Wandel hat begonnen. Publikationen und Rohdaten erscheinen zunehmend im Netz und sind breit verfügbar. Ein bekanntes Beispiel ist die Open-Source-Statistiksoftware „R“. Zugriff haben alle. Wissenschaft findet so auch außerhalb der etablierten Einrichtungen statt, ganz im Sinn von „Open Science“.

Die Teilnahme an der Forschung verbreitert sich. Mehr Menschen und mehr Organisationen werden aktiv „forschen“ und ihren Beitrag leisten. Die Universitäten werden noch stärker als bisher gefordert sein, Menschen zur Wissenschaft zu befähigen und mit neu entstehenden Einrichtungen zu kooperieren. Die Universitäten sind nach außen offen zu organisieren. Je offener sie sind, desto erfolgreicher werden sie sein.

Beide Trends werden sich überlagern. Die Forschungs- und Innovationsförderung der EU, die mit viel Geld die besten Köpfe und Ideen sucht, wird bewirken, dass nur eine offene Universität Zukunft haben wird.

STREITGESPRÄCH ÖH-VORSITZENDE WULZ VS. uniko-PRÄSIDENT SCHMIDINGER ZWISCHEN SCHRANKEN UND CHANCEN: WAS IST FAIR GEGENÜBER DEN STUDIERENDEN?



Janine Wulz
Vorsitzende der
HochschülerInnenschaft
ÖH



Heinrich Schmidinger
Univ.-Prof. Dr.
Präsident

F Studienplatzfinanzierung, Leistungsvereinbarungen und eine Bilanz über die ersten zehn Monate Amtszeit des neuen Ministers bildeten die Hauptthemen eines Streitgesprächs, zu dem das Generalsekretariat der uniko Ende Februar 2012 die Vorsitzende der HochschülerInnenschaft (ÖH), **Janine Wulz**, und den neuen Präsidenten der uniko, Rektor **Heinrich Schmidinger**, eingeladen hatte. Für die Moderation stellte sich der Bildungsredakteur der KURIER-Innenpolitik, Mag. Philipp Hacker, zur Verfügung.

Philipp Hacker (KURIER): Wissenschaftsminister Töchterle will die Studienplatzfinanzierung einführen, was auch die Universitäten seit Langem fordern. Dabei wird festgelegt, was eine Uni pro Studierendem bekommt. Wird es dadurch weniger Studienplätze geben?

Heinrich Schmidinger: Es wird sicher in den stark nachgefragten Studienrichtungen eine Verringerung der Plätze geben – am einzelnen Standort. Ziel wäre natürlich, dass ein Verlagerungseffekt eintritt. Wenn an einem Standort die Kapazitäten nicht angeboten werden können, geht es vielleicht am anderen. Wir haben in Salzburg so einen Verlagerungseffekt, seit die Plätze für Psychologie beschränkt sind: Ein Teil der Studierenden ist in Fächer wie Pädagogik ausgewichen. Das Ziel wäre natürlich keine Verringerung der Studienplätze. Es wird natürlich auch die Frage geben: Haben wir wo zu wenig Kapazitäten?

Janine Wulz: Viele schöne Worte und eine Umschreibung von dem, was in den Kapazitäts-

festlegungen drinsteckt: Zugangsbeschränkungen. Das bedeutet, dass nicht alle jungen Menschen das studieren können, was sie möchten und dass nicht alle ihre Träume verfolgen können. Minister Töchterle will eine elitäre Ausbildung, er sagt ja auch: Es muss nicht jeder studieren. Das schätze ich als fatal ein. Das ist Zukunftsraub an jungen Menschen.

Schmidinger: Aber ist es den jungen Menschen gegenüber ehrlicher, wenn man ihnen sagt: Kommt's alle, studiert, was ihr gern hättet – nur wir haben leider die Kapazitäten nicht. Ist das fairer den jungen Leuten gegenüber? Da belügt man sich und die anderen.

Wulz: Natürlich ist die Situation jetzt auch alles andere als rosig an den Unis, und natürlich haben viele ein Problem, ihr Studium fortzuführen aufgrund der schlechten Bedingungen. Nur: Die einen schlechten Zustände durch das andere schlechte System zu ersetzen, kann nicht die Lösung sein. Beides richtet sich gegen Studierende.

Schmidinger: Die skandinavischen Länder, die wir immer gern als Vorbild nehmen, haben zwar keine Studienbeiträge – aber sie haben trotzdem Zugangsregelungen. Diese hatten sie ursprünglich auch nicht. Aber sie mussten sie einführen, weil sie gewusst haben, dass sie sonst die Situation nicht bewältigen. Und das sind Länder, die bildungspolitisch besser dastehen als wir.

Wulz: Dort gibt es aber auch eine soziale Absicherung, von der wir uns noch einiges abschauen können. Also wenn wir uns an den Skandinavien orientieren, dann fangen wir bitte nicht bei den Zugangsbeschränkungen an, sondern bei den Beihilfensystemen.

Hacker: Nach der Klage der Wirtschaftsuniversität will Minister Töchterle in den neuen Leistungsvereinbarungen keine einklagbaren Passagen mehr haben. Werden Sie sich darauf einlassen?

Schmidinger: Das kann's wirklich nicht sein. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, die Unis müssen mehr kontrolliert werden, und auf der anderen Seite sagt das Ministerium als Vertragspartner: Ich hab' nichts, woran ich mich halten muss. Diese Einbahn kann es nicht geben. Wenn sich die Rahmenbedingungen für eine Universität in einer Periode markant ändern, dann muss es eine Möglichkeit geben, darauf zu reagieren. Es muss Verpflichtungen und Rechte für beide Seiten geben. Sonst ist das keine Vereinbarung, sondern ein einseitiges Diktat. Irgendeine einklagbare Regelung muss es geben. Mich stört dieser Grundtenor: Die Unis müssen mehr Leistungsnachweise erbringen – sie haben das in den letzten zehn Jahren vielfach getan. Es muss auch die andere Seite ihren Leistungsnachweis erbringen.

Hacker: Welche Bilanz ziehen Sie beide über die bisherige Amtszeit des Bundesministers?

Wulz: Ich hätte angenommen, dass ein Minister, der aus dem Hochschulbetrieb kommt, eine Kultur an den Tag legt, die heißt, ich beziehe

alle Betroffenen mit ein; dass er wissen müsste, wie wichtig Freiräume in der Bildung sind; dass sich Studierende orientieren und verschiedene Studien anschauen können. Die Studierenden wurden in ein verschultes Konzept gezwängt, das immer enger wird. Die neue Studiengangphase ist eine enorme Schikane für die Studierenden, das hat nichts mit dem hehren Ideal von Bildung zu tun. Die Uni muss hier möglichst schnell möglichst wirtschaftlich verwertbare Menschen produzieren. Das finde ich sehr traurig, da bin ich schon enttäuscht.

Schmidinger: Ich sehe in der Tatsache, dass ein Rektor Minister geworden ist, eine große Chance für die Universitäten. Zwei Dinge sind ihm schon gelungen: Er hat trotz des massiven Sparpakets die Universitätsmilliarde auf die Beine gestellt – das halte ich schon für eine beachtliche Leistung. Das Zweite – und das kann man



unterschiedlich beurteilen: Er hat den Hochschulplan so weit vorangetrieben, wie wir in Österreich noch nie waren. Dieser Plan ist ja seit Jahren gefordert worden, und man kann zu diesem Papier inhaltlich verschieden stehen. Aber so viel an Ausarbeitung war noch nie da. Jetzt muss Töchterle auch die politische Situation genau analysieren, sonst sind die Erfolge nicht zu halten. Wenn es zum Beispiel bei der Studienbeitragsregelung von seiner Seite keine Bewegung gibt, dann, glaube ich, geht das zum Schaden aller aus. Der Minister muss mit der SPÖ ein neues Gesetz zustande bringen. Er hätte gemeinsam mit dem Koalitionspartner noch Zeit, vor dem Sommer 2012 ein Gesetz zu schaffen.

100 JAHRE REKTORENKONFERENZ

UNIVERSITÄTSPOLITIK VOR MEHR ALS 30 JAHREN: „KÜSS’ DIE HAND, FRAU BUNDESMINISTER“



Manfred Welan
Univ.-Prof. Dr.
Vorsitzender der
Österreichischen
Rektorenkonferenz
von 1979 bis 1981

Im Juni 1979 gab es in Linz eine Überraschung, denn zum ersten Mal in der Geschichte der **Rektorenkonferenz** wurde ein Rektor zum Vorsitzenden gewählt, der nicht von der Uni Wien kam ... **Herbert Hunger**, der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, gratulierte mir in besonderer Weise. Er sprach von einem Ereignis, „das fast einer Revolution gleichkommt“.

Meine Arbeit als Vorsitzender begann mit einem Knalleffekt, denn ich präsentierte ein Papier über die mangelnde Studierfähigkeit der Erstsemestrigen. In der vom Fessel-Institut durchgeführten Befragung von über 200 Universitätslehrern über die Qualifikation der Studienanfänger stellten 70 Prozent der Befragten Mängel fest. Sie betrafen die selbstständige Informationsbeschaffung, unabhängiges, methodisches Denken sowie soziale Fähigkeiten. Es mangle an gehobener Allgemeinbildung, sprachlicher Ausdrucks-, Argumentationsfähigkeit ... Wir präsentierten eine Fülle von Einzelvorschlägen, besonders auch für die Studieneingangsphase und die Gestaltung des Unterrichts.

Die Bundesministerin **Hertha Firnberg** war entrüstet. Aber die Frage der Studierfähigkeit fand in der Öffentlichkeit Beachtung, und Unterrichtsminister Fred Sinowatz bedankte sich ausdrücklich bei mir. Wie steht es heute mit der Studierfähigkeit?

IDer Rektorenkonferenz wurde oft vorgeworfen, sie reagiere mehr, als sie agiere. Diesem Vorwurf arbeitete ich entgegen. Im hochschulpolitischen Arbeitsprogramm 1979/80 finden sich die Zielpunkte: international hoher Standard in der Forschung, Forschungsk Kooperationen international, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Forschung an Kunsthochschulen, Studienreform, Hochschulzugang, Absolventenweiterbildung, Seniorenstudium, Bestandsaufnahme zum UOG (Universitätsorganisationsgesetz), Budgetanalyse, Hochschulen und Öffentlichkeit, Entwicklungszusammenarbeit und Umweltschutz. Dazu führten wir öffentliche Veranstaltungen, insbesondere in den Hochschulstädten durch.

Die Rektorenkonferenz war in vieler Hinsicht ein Papiertiger, da sie ja keine politischen Entscheidungen fällen konnte. Aber sie vermochte aufzuklären und die öffentliche Meinung in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik zu beeinflussen. Die damaligen Wissenschaftssprecher **Sepp Wille** von der SPÖ, **Heinrich Neisser** von der ÖVP und **Gerulf Stix** von der FPÖ waren durch mich mit der Arbeit der Rektorenkonferenz besonders vertraut. Die Oppositionspolitik Neissers und Stix' (die SPÖ regierte unter Bruno Kreisky mit absoluter Mehrheit; Anm.) ersparte es mir, scharfe Konfrontation zu betreiben. Sie ermöglichte der Rektorenkonferenz eine Kooperationspolitik

mit neuen Ideen gegenüber dem Bundesministerium ... Unsere Arbeitsschwerpunkte in den Jahren 1980/81 waren: Internationalität der Hochschulen, Grundsatz der lebenslangen Bildung sowie Hochschulen und ihr Umland. Heute stehen diese drei Themen wieder ganz oben auf der aktuellen europäischen Agenda.

F Mit Generalsekretär **Franz Eberhart** plante ich schon in den Weihnachtsferien den Empfang beim Bundespräsidenten und Sitzungen in allen Bundesländern. Damit verbanden wir eine praktische Föderalisierung der Rektorenkonferenz. In den Bundesländern und Städten empfand man es als Auszeichnung, die Rektorenkonferenz bei sich zu sehen. So kam es zu vielen fruchtbaren Begegnungen, die ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit waren.

Unsere Idee eines österreichischen Netzwerks war erfolgreich. Mir ging es auch darum, bewusst zu machen, dass die Rektorenkonferenz nicht nur bundesorientiert war. Auch die Bundesländer, Städte, Interessenverbände und Unternehmen wurden in unsere Arbeit eingebunden. So wurde 1981 der „Verein zur Förderung der Rektorenkonferenz“ gegründet, als dessen erster Präsident ich fungierte, **Alois Brusatti** war als geschäftsführender Präsident tätig. Ein Nebengedanke war dabei auch, eine Rektorenkonferenz zur Hand zu haben, falls die öffentlich-rechtliche Rektorenkonferenz etwa durch den Gesetzgeber abgeschafft oder verändert werden sollte.

Hertha Firnberg war eine große Persönlichkeit. Manche nannten sie Tante Hertha, obwohl sie nicht tantenhaft war ... Als ich mich bei ihr vorstellen wollte, saßen im Vorzimmer ein Dekan

und ein Rektor. Ein Rektor kam mit rotem Kopf aus dem Ministerzimmer, der sitzende Dekan fragte ihn: „Wie ist sie denn heute aufgelegt?“ – „Na, das werden Sie schon sehen!“ entgegnete der Abtretende.

Firnberg war eine fortschrittliche Sozialdemokratin, die modern in feudalen Räumen agierte. ... Wir waren einer Meinung, dass Frauen zu wenig solidarisch und gegenüber Männerbünden und ihren Seilschaften im Nachteil sind. Neben dem Sonnenkönig **Bruno Kreisky** agierte sie souverän wie kaum ein anderer Bundesminister. Sie hatte Charme und konnte strahlen, beherrschte aber auch die Kunst der Entrüstung. Wenn sie – immer von ihrer Entourage begleitet – die Rektorenkonferenz besuchte, beugten sich alle Rektoren zu einem „Kuß‘ die Hand, Frau Bundesminister“. Sie hatte die Allüren einer Herrscherin.

Im Großen und Ganzen arbeitete ich in die Richtung eines guten Gesprächsklimas mit dem Bundesministerium. Der Kooperationskurs wurde von manchen kritisiert, manchmal auch von jenen, die für sich geradezu einen Kuschelkurs in Anspruch nahmen oder „Minoritenschleicher“ waren ... Im Ausland – ich begleitete sie mehrere Male – sprach sie mich nicht mit „Herr Rektor“, sondern mit „Herr Präsident“ an und ließ mich „vortragen“. Uns verband über Gegensätze hinweg die Hingabe an die Aufgabe: Dienst für die österreichische Wissenschaft.

Die Passagen wurden der Autobiografie „Ein Diener der Zweiten Republik“ des langjährigen Boku-Rektors **Manfried Welan** entnommen. Sie wird im Mai 2012 im Österreichischen Kunst- und Kulturverlag veröffentlicht.

NACHLESE 100 JAHRE Den Auftakt zum Jubiläum 100 Jahre Österreichische Rektorenkonferenz bildete der uniko-Neujahrsempfang im Oktogon der Bank Austria an der Wiener Ringstraße. Mehr als 200 Gäste waren am 11. Jänner 2011 der Einladung gefolgt, darunter Rektoren der Gründungsuniversitäten in Prag und Olmütz. Exakt ein Jahrhundert nach der ersten Sitzung der Rektorenkonferenz am 27. April 1911 bat das Generalsekretariat der uniko zum Abend der offenen Tür in die Floragasse im

4. Wiener Gemeindebezirk und weihte mit hundert Ehrengästen die im September 2010 bezogenen neuen Büroräume ein. Weitere Höhepunkte: die gemeinsame Tagung mit der European University Association (EUA) zum Thema „Nachhaltige Universitätsfinanzierung“, das Trilaterale Treffen mit den Hochschulrektorenkonferenzen aus Deutschland und der Schweiz am 27./28. September in Wien sowie der Empfang des Bundespräsidenten am 10. Oktober für die uniko-Mitglieder in der Hofburg.

INTERVIEW

„DIE HOCHSCHULMILLIARDE IST EIN NOTPFLASTER, KEINE ZUKUNTSWEISENDE MASSNAHME“



Hannes Androsch
Dr.
Vorsitzender des Rates
für Forschung und
Technologieentwicklung

F Herr Dr. Androsch, das Bildungsvolksbegehren war eines der politisch prägenden Ereignisse 2011. 383.820 Unterschriften für 12 Forderungen zur Hebung des Stellenwertes von Schule und Universitäten – was sagt das über die österreichische Bevölkerung aus, wenn sich 94 Prozent der Unterschriftsberechtigten nicht angesprochen fühlen?

Hannes Androsch: Hier würde ich vor einer Fehlinterpretation warnen. Viele Menschen waren entweder nicht genügend informiert oder resignativ, weil sie meinen, es hätte ohnehin keinen Sinn, sich zu engagieren. Entscheidend ist, dass es gelungen ist, das Thema Bildung von der Peripherie ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und der politischen Wahrnehmung gebracht zu haben. Und wir werden alles tun, dass es dort bleibt. Die politischen Parteien können am Thema Bildung nicht mehr vorbeigehen, ohne Schaden zu erleiden. Die bisherige Anhörung im Sonderausschuss des Nationalrates hat zudem gezeigt: Es gibt einen breiten Konsens – nicht nur über die Notwendigkeit der Anhebung des Bildungsniveaus, sondern auch über die neuen Regelungen und über Bildungsmöglichkeiten als Grundrecht jedes Menschen. Wir müssen Talente heben und fördern, denn ohne qualifizierte Kräfte kann man nicht erfolgreich wirtschaften und auch nicht Wissenschaft und Forschung betreiben. Es darf aber auch niemand zurückgelassen werden: Derzeit gibt es rund 75.000 Schulabbrecher – eine erschreckende Anzahl.

Bundeskanzler Faymann hat im November 2011 erklärt, er werde das Ergebnis „sehr ernst nehmen“. Wie glaubwürdig klingt das für Sie?

Androsch: Der Bundeskanzler war aber skeptisch, ob das Bildungsvolksbegehren überhaupt einen solchen Zuspruch finden wird. Noch im Herbst hat er von maximal 200.000 Unterschriften gesprochen. Inzwischen hat er erkannt, dass die Anliegen ein zentrales politisches Thema geworden sind und man Wahlen nicht nur mit Aufräumarbeiten in einem Untersuchungsausschuss oder mit der Verringerung der Budgetschieflage gewinnen kann.

Sie kennen doch das Schicksal aller bisherigen Volksbegehren: ein stilles Begräbnis in einer Schublade. Was macht Sie zuversichtlich, dass dies beim Bildungsvolksbegehren nicht der Fall sein wird?

Androsch: Eine angemessene Behandlung ist schon aus demokratiepolitischen Gründen geboten. Man kann nicht für mehr direkte Demokratie plädieren und dann ein Volksbegehren einfach abperlen lassen. Es wäre auch verhängnisvoll, wenn das Hohe Haus das Volksbegehren zwar freundlich aufgenommen hätte, am Ende des Tages aber kein Ergebnis herauskommen würde – dann würde sich das Parlament selbst schwer beschädigen. Es bedarf einer einheitlichen Bundeszuständigkeit für den gesamten Bildungsbogen und mehr parteipolitisch nicht beeinflusst.

barer Autonomie in den Einrichtungsträgern, ob Kindergärten, Schulen oder Universitäten. Überdies scheitern Berufungen an Universitäten oft nicht am Gehalt, sondern an den Möglichkeiten und Arbeitsbedingungen, die man den Bewerbern bietet. Daher sind unsere Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen entsprechend auszustatten, wie es die EU-Kommission und auch der Nationalrat in einer einhelligen Entschließung in der Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes für den tertiären Sektor, also für die Universitäten, festgehalten hat.

Die Erhöhung der öffentlichen Finanzierung auf zwei Prozent des BIP bis 2020 ist auch eine der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens. Mit der zusätzlichen Hochschulmilliarde für 2013 bis 2015 wird man auf diesem Pfad die Ausgaben auf maximal 1,4 Prozent des BIP anheben können. Bleiben die zwei Prozent Utopie?

Androsch: Genaugenommen sind die 750 Millionen Euro, die öffentlich als Milliarde verkauft wurden, nur ein Notpflaster, damit an den Massenuniversitäten nicht alles zusammenbricht. Das ist ja nur eine defensive Maßnahme, keine zukunftsweisende. Wie immer man das rechnet, an den Universitäten fehlen pro Jahr zwei Milliarden Euro – unabhängig davon, was diese an Effizienz verbessern, und unabhängig vom Bedarf an Zugangsmanagement. Studiengebühren als Ersatz und Instrument für die unzureichende öffentliche Finanzierung sind eine Illusion. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir seit vielen Jahren mit unseren Universitäten – ohne die Rankings zu überschätzen – in keiner führenden Position sind. Das ist kein gutes Zeichen für die Zukunft. Das Zwei-Prozent-Ziel wäre keine Utopie, wenn man die richtigen Prioritäten setzen würde. Die Mittel sind da, ich kann das falsch ausgegebene, verschwendete Geld herunterdeklinieren – das sind 20 Milliarden Euro für Frühpensionen, Hacklerregelungen, „E-Card-Urlaube“ etc. Sieben Milliarden könnte man so sofort realisieren. Wenn man davon zwei Milliarden in die Zukunft steckt und fünf Milliarden in die Ver-

ringerung der Schuldenquote, wären wir einen wesentlichen Schritt weiter. Das jüngste Sparpaket setzt dafür nicht die notwendigen Prioritäten.

Im Punkt 10 des Volksbegehrens werden Hochschulqualifikationen für 40 Prozent eines Jahrgangs bis 2020 gefordert. Der Wissenschaftsminister hat gemeint, es müsse nicht jeder studieren.

Androsch: Ich hätte das an seiner Stelle nicht gesagt. Natürlich muss nicht jeder studieren, aber die Arbeitswelt hat sich so dramatisch geändert, dass wir nicht mehr Tagelöhner brauchen, sondern viel mehr hoch qualifizierte Fachkräfte. Man braucht sich ja nur die Länder anschauen, die besser abschneiden als wir: die skandinavischen, die Schweiz, Kanada, Singapur – dort liegt die Benchmark.

Sie haben der Regierung attestiert, ihre Forschungsstrategie sei zwar „inhaltlich in Ordnung“, sie leide aber unter dem Mangel der „finanziellen Unterfütterung“. Wie realistisch ist da noch das Ziel einer europäischen Spitzenposition?

Androsch: Die zukunftsweisende Strategie ist ohne finanzielle Mittel eine Illusion, und das Ziel, bis 2020 Innovationsführerschaft und eine Forschungsquote von 3,76 Prozent zu erlangen, wird so zur Makulatur. Wir hatten bis 2008 zehn Jahre lang einen beachtlichen Aufholprozess, Ende 2008 wurde auf Stillstand geschaltet, und seither haben wir an Position verloren. Diese Entwicklung sollte ein Weckruf sein. Und da schließt sich der Kreis zum Volksbegehren: Es gilt die Forschungsstrategie umzusetzen, auch an den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Ohne entsprechend qualifiziertes wissenschaftliches Personal und ohne interessierte Studierende ist das nicht zu erreichen. Die Weichen dazu werden schon im vorschulischen Alter gestellt. Deswegen war es so wichtig, die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens über den ganzen Bildungsbogen zu spannen.

Das Interview führte Manfred Kadi.

ZUR PERSON Hannes Androsch (Jg. 1938) promovierte 1968 zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften, war Finanzminister (1970 – 1981) und Vizekanzler (1976 – 1981), Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein (1981 – 1988), gründete

1989 die AIC Androsch International Management Consulting GmbH, ist seit 2003 Vorsitzender des Universitätsrates der Montanuniversität Leoben, seit 2010 Vorsitzender des Forschungsrates und war 2011 Initiator des Volksbegehrens Bildungsinitiative.

AM BEISPIEL DER AKADEMIE: 100-PROZENT-QUOTE IM REKTORAT



Eva Blimlinger
Mag.^a
Rektorin
Akademie der
bildenden Künste Wien

Im letzten Jahresbericht der uniko anlässlich 100 Jahre Rektorenkonferenz habe ich zum Thema Gleichbehandlung und Frauenförderung geschrieben: „Und auch die erste Rektorin gab es 2007, und ab Herbst wird es mindestens zwei Rektorinnen geben.“

Es sind nun vier Rektorinnen und zahlreiche Vizerektorinnen, die ihre Ämter an Österreichs Universitäten innehaben. Es zeigt sich ganz deutlich, dass gesetzliche Maßnahmen wie die Einführung der Quote in den Rektoraten Wirkung haben und notwendig sind. Die davor immer wieder gehörten Argumente – zu wenig qualifizierte Frauen, Einschränkung der Wahlfreiheit – sind klar widerlegt. Die Akademie der bildenden Künste hat den vom Gesetz geforderten 40-prozentigen Frauenanteil bei den Vizerektoren/innen bei Weitem übertroffen. Mit Andrea B. Braidt, Vizerektorin für Kunst und Forschung, und Karin Riegler, Vizerektorin für Lehre und Nachwuchsförderung, ist das Rektorat zu 100 Prozent mit Frauen besetzt. Dies ist möglich, da die Akademie eine konsequente Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik verfolgt hat.

Einige Zahlen: Mehr als 50 Prozent Professorinnen, 59 Prozent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter/innen, also des sogenannten Mittelbaus, sind weiblich, rund 60 Prozent des allgemeinen Personals sind weiblich, rund 60 Prozent der Studierenden sind weiblich, und 74 Prozent aller Führungskräfte der Akademie sind Frauen. Der ÖH-Vorsitz wird von einem Frauenteam wahrgenommen, Martina Pfingstl ist Senatsvorsitzende und in dieser Funktion einzige Studierende österreichweit in dieser Position. Nur der Vorsitzende des Universitätsrates Alfred Brogyányi ist männlich – aber damit können wir sehr gut leben. Und wer weiß, in ein paar Jahren heißt es dann 17 Rektorinnen und 4 Rektoren, und niemand findet das mehr der Erwähnung wert. Gegen Träume ist doch nichts einzuwenden?

WARUM STUDIERT MANN NICHT MEHR VETERINÄRMEDIZIN?



Sonja Hammerschmid
Dr.ⁱⁿ
Rektorin
Veterinärmedizinische
Universität

Ein über alle Bereiche und Karrierestufen ausgeglichenes Geschlechterverhältnis – als zentrales Anliegen der Veterinärmedizinischen Universität Wien – führte mich 2011 hinaus aus Wien aufs Land. Gemeinsam mit meiner Vizerektorin für Lehre und klinische Veterinärmedizin besuchten wir Maturanten/innen, Lehrer/innen, Bildungsbeauftragte sowie Direktoren/innen an Höheren Landwirtschaftlichen Schulen. Unser Ziel: den potenziellen Studenten die Veterinärmedizin mit ihren vielfältigen Berufsperspektiven näherzubringen.

Da der Tierarztberuf oft auf den „Kleintierdoktor“ reduziert wird, ist die Vermittlung der Berufsrealität entscheidend. Vielen ist nicht bewusst, dass die Veterinärmedizin weit darüber hinaus agiert, indem sie etwa für sichere Lebensmittel sorgt.

Was hat uns zu dieser Mission bewogen? Beim Frauenanteil der ordentlichen Studierenden steht die Vetmeduni Vienna im österreichischen Universitätsvergleich mit 82 Prozent an erster Stelle. An sich eine erfreuliche Tatsache, hätte nicht jede Medaille ihre Kehrseite. Die unterdurchschnittliche Präsenz von Studenten wirkt sich nicht nur auf das Geschlechterverhältnis aus, sondern betrifft auch die Landwirtschaft. Dort droht ein Mangel an Landtierärzten/innen und Nutztierpraktiker/innen, die sich um die medizinische Behandlung von Rindern, Schweinen und Geflügel kümmern – ein Bereich, der in der Vergangenheit oftmals Männern überlassen wurde.

Mit einer Schul-Roadshow versucht die Universität nun vermehrt männliche Studierende mit Nähe zur Landwirtschaft anzusprechen. Mit der breit angelegten Information über das Berufsbild des/r Veterinärmediziners/in bzw. des/r Nutztierpraktikers/in sollen aber auch Frauen zunehmend für den Einsatz als Landtierärztinnen gewonnen werden. Damit will die Vetmeduni Vienna dem unausgewogenen Geschlechterverhältnis entgegensteuern. Eine Maßnahme, die uns auch im kommenden Jahr wieder durch Österreich führen wird.

AM BEISPIEL DER UNI GRAZ: TATEN STATT WORTE



Christa Neuper
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ
Rektorin
Universität Graz

Universitäten sind ein Fokus für globale Herausforderungen und ein Nukleus gesellschaftspolitischer Strömungen. Sie sind Orte innovativer Ideen, zukunftsweisender Lösungsansätze und haben damit ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung und Vorbildwirkung. Dieser Aspekt gilt insbesondere für das Themenfeld Gleichstellung der Geschlechter.

Es kennzeichnet die Universitäten, dass die Auseinandersetzung mit Fragestellungen stets ein breites Spektrum umfasst. Zum einen ist die intensive wissenschaftliche Betrachtung aus unterschiedlichen Perspektiven ein bedeutendes Merkmal unserer Hohen Schulen, insbesondere von traditionsreichen Allgemeinuniversitäten, zu denen auch die Karl-Franzens-Universität Graz zählt. Zum anderen bestimmt die Gleichstellung auch das universitäre Handeln und die Weiterentwicklung der Universität als Institution selbst.

Als eine der größten Einrichtungen und wichtigsten Arbeitgeberinnen der Steiermark ist es für die Karl-Franzens-Universität vorrangig, Bedingungen zu gewährleisten, unter denen Frauen ihre Potenziale entfalten und ihre Karriere vorantreiben können. Dazu gehören neben gezielter Gleichstellungspolitik und Frauenförderung auch umfassende Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Universität und Familie.

Dieses zentrale Anliegen wurde mit viel Engagement in den vergangenen Jahren in die Tat umgesetzt. Im Mittelpunkt steht dabei, mit konkreten Maßnahmen aufzuzeigen, wie gelebte Chancengleichheit nicht nur Frauen in ihrer Doppelrolle zwischen Familie und Beruf unterstützt, sondern die gesamte Gesellschaft enorm bereichern kann. Für die vielfältigen Initiativen in diesem Bereich wurde die Uni Graz erst kürzlich im Rahmen der Initiative „Taten statt Worte“ zum „Frauen- und familienfreundlichsten Betrieb der Steiermark 2011“ in der Kategorie „Öffentliche Unternehmen“ gekürt.

KARRIEREPRINZIP: NICHT WEIL, SONDERN TROTZDEM



Sabine Seidler
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ
Rektorin
Technische Universität Wien

Innerhalb der Gender-Diskussion greift der Begriff Frauenförderung zu kurz und unterstellt – rein begrifflich –, Frauen hätten Defizite, und genau an dieser Stelle setzen häufig auch Förderprogramme an. Ohne eine Veränderung der Rahmenbedingungen werden jedoch all diese Programme ohne wesentliche Wirkung bleiben, wobei mit Rahmenbedingungen die Einstellung aller Beteiligten gemeint ist, die für das Thema sensibilisiert werden müssen. Das karrieretechnische Prinzip könnte also lauten: „Nicht weil ich eine Frau bin, habe ich etwas erreicht, sondern trotzdem.“

Bildung ist unabhängig vom Geschlecht wertvoll, weil sie Chancen eröffnet und ein unverzichtbarer Bestandteil von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt ist. Die Sicherstellung des uneingeschränkten und gleichberechtigten Zugangs von Frauen zu Bildung, Forschung und Wissenschaft ist als wesentlicher Baustein für die Stärkung der Frauen zu betrachten. An der TU Wien setzen wir auf die Sensibilisierung des Umfeldes und auf die Förderung unserer Studentinnen und Mitarbeiterinnen. Mit unseren Programmen bieten wir Entwicklungschancen an, weil wir der Überzeugung sind, dass Bildung Frauen verstärkt Unabhängigkeit ermöglicht und somit die Gelegenheit, ihr eigenes (Berufs-)Leben zu leben und mitzugestalten.

Aus eigener Erfahrung – meine beiden Kinder wurden während meiner Doktoratszeit geboren – weiß ich, wie wichtig es ist, Frauen auch in dieser Zeit weiter in ihr berufliches Umfeld einzubinden. Zurzeit entwickeln wir an der TU neue Formate, um diese Einbindung junger Frauen mit Kindern in den Uni-Alltag zu erleichtern. Möglichkeiten der Kinderbetreuung wie Betriebskindergarten oder „Kinderuniferien“ sind in diesem Zusammenhang eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung. Nicht zuletzt um das Thema „Gender“ von einer politischen auf eine operative Ebene zu heben, habe ich das Vizerektorat für Personal und Gender etabliert.

ANALYSE

VON DER ALLMENDE ZUM UNIPARK: NEUE FLÄCHENKONZEPTE AUF DEM PRÜFSTAND



Wolfgang Nedobity
Mag.
Referent für
Budget und Forschung

F Gebäude können die Zielsetzungen und Werte einer Institution ebenso ausdrücken wie das Logo oder das Mission Statement. Das viel strapazierte Bild vom Elfenbeinturm, in dem die Wissenschaft agiert, spiegelt die Auffassung wider, dass die räumliche und funktionale Anbindung an das Gemeinwesen für die Universitäten kein Thema sei. Jedoch wird gerade in der zeitgemäßen Campusplanung etwa auf die Verflechtung mit dem öffentlichen Stadtraum besonderer Wert gelegt.

Als Kriterien für die architektonischen Verkörperungen von Lerntheorien werden meist Flexibilität, Komfort, Inspiration, technologische Unterstützung, Interaktivität sowie Barrierefreiheit genannt. In der englischsprachigen Fachliteratur findet man dazu Schlagworte wie „human-centered education design“, „information commons“ und „learning commons“, wobei „commons“ hier im Sinne einer Allmende zu verstehen ist, wo mehrere Institute ihre Ressourcen bündeln und gemeinsam nutzen können. Diese Idee hat u. a. auch Eingang in die Nutzungskonzepte für den Neubau der Wirtschaftsuniversität gefunden.

Für die Universitäten ergibt sich ein Anforderungskatalog aus folgenden Faktoren: Berücksichtigung von hochschulpädagogischen Grundprinzipien, Optimierung und Instandhaltung der bestehenden Gebäude, Einhaltung der finanziellen Vorgaben und Anbindung an

die technologische Entwicklung. Es gilt dabei den Lehr- und Forschungsbetrieb durch die entsprechende Infrastruktur sinnvoll zu unterstützen und innovative, kreativitätsfördernde Lern- und Forschungsräume zu schaffen. Eine Analyse der Aktivitäten und Bedürfnisse sämtlicher Universitätsangehörigen muss nicht nur der Flächengestaltung, sondern auch der Flächenbewirtschaftung vorausgehen. Mithilfe einer Flächenbilanz etwa kann identifiziert werden, ob eine Planungseinheit eine ausgeglichene Flächenausstattung aufweist, die auch der Vielfalt der Nutzungsbereiche Rechnung trägt.

Eine Reihe von internationalen Beispielen wie das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Foundations for Education Design“ an der Universität zu Köln haben auch die Entwicklung in Österreich beeinflusst. Diese Themen wurden neben Fragen der Instandhaltung von der Arbeitsplattform „Infrastruktur und Facility Management“ aufgegriffen und durch Austausch von Vergleichsdaten sowie Präsentationen aus der universitären Praxis veranschaulicht. Die Arbeitsplattform in der uniko stand 2011 unter dem bewährten Vorsitz von Vize-Rektor Arnold Klotz, der in einem Werkstattbericht als Ziel der Entwicklung eines Campus „die möglichste Konzentration von universitären Einrichtungen an einem Standort sowie deren gestalterische und funktionale Verknüpfung untereinander“ sieht.

uniko-EXPERTEN ALS GEBURTSHELPER DER KÜNFTIGEN STUDIENPLATZFINANZIERUNG

F Die Umbenennung der Studienplatzfinanzierung in „kapazitätsorientierte Universitätsfinanzierung“ war der Neuregelung der gesamten Universitätenbudgetierung geschuldet, der sperrige Begriff änderte aber nichts an der Zielsetzung und der Priorität des Anliegens: Die Festlegung von Studienplätzen und Preisen als Grundlage für künftige Leistungsvereinbarungen zwischen Bund und Universitäten stand für das **Forum Budget** der Universitätenkonferenz (uniko) im abgelaufenen Jahr in jeder Sitzung auf der Agenda.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und der uniko hatte bereits zu Jahresbeginn dahingehend Konsens erzielt, dass in dem zu erarbeitenden Modell einerseits der finanzielle Mindestbedarf jeder Universität abgedeckt werden müsse, andererseits sollten bei nicht zu bewältigendem Zulauf Zugangsregelungen ermöglicht werden. Zudem kristallisierte sich heraus, dass die Einführung der neuen Finanzierungsform ein Übergangsszenario von zwei bis drei Leistungsvereinbarungsperioden erfordern könnte.

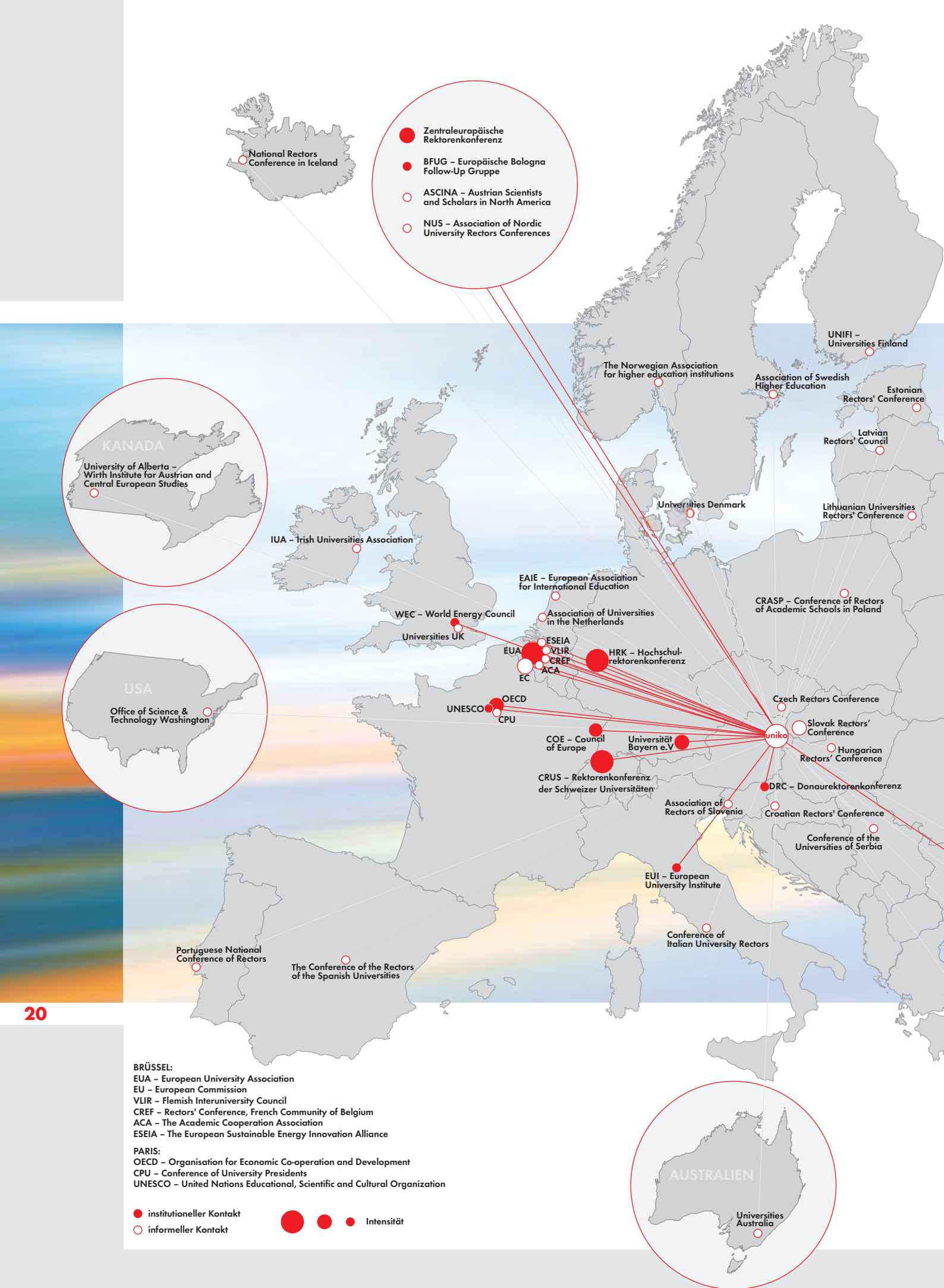
Gleichzeitig befasste sich die gemeinsame AG mit der Frage der Forschungsfinanzierung, stets kritisch-reflektierend begleitet von den uniko-Vertretern, die auch den Informationsfluss zu den Forumsmitgliedern sicherstell-

ten. Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe wurde Anfang 2012 der Plenarversammlung der uniko zur Begutachtung vorgelegt, wobei sich bereits abzeichnete, dass die Budgetierung der Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015 nur teilweise auf den Ergebnissen der AG aufbauen wird. Für eine Umsetzung der Studienplatzfinanzierung bedarf es zudem eines – nach wie vor ausstehenden – Einvernehmens der Regierungsparteien.

Das Resümee von Franz Wurm, dem neuen Vorsitzenden des **Forums Budget** und Vize-Rektor der Meduni Wien – er übernahm im Herbst die Forumsleitung vom scheidenden Rektor der Universität Graz, Alfred Gutschelhofer – fällt dennoch positiv aus: „Auch wenn wir von einer Umsetzung noch ein Stück entfernt sind, haben wir doch ein gemeinsames Verständnis für die Erfordernisse der Universitäten erreicht und darauf aufbauend Lösungsvorschläge erarbeitet.“

Darüber hinaus diente das **Forum Budget** wieder als Informationsplattform, nahm sich auch aktueller Themen an, darunter „Effizienzpotenziale der Universitäten“, Risikobericht und neue Entwicklungen in der Wissensbilanz, und widmete sich im Rahmen der Arbeitsplattform „Infrastruktur und Facility Management“ intensiv den offenen Fragen der Bewirtschaftung der Universitätsliegenschaften und -einrichtungen. *mk*





FREMDENRECHT UND HOCHSCHULMARKETING: uniko ALS MITGESTALTER BEIM WELCOME-SERVICE

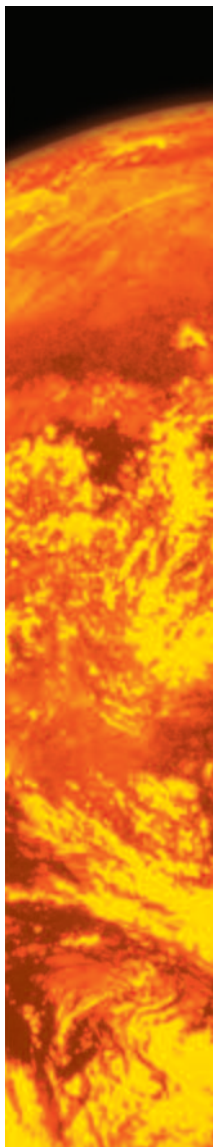
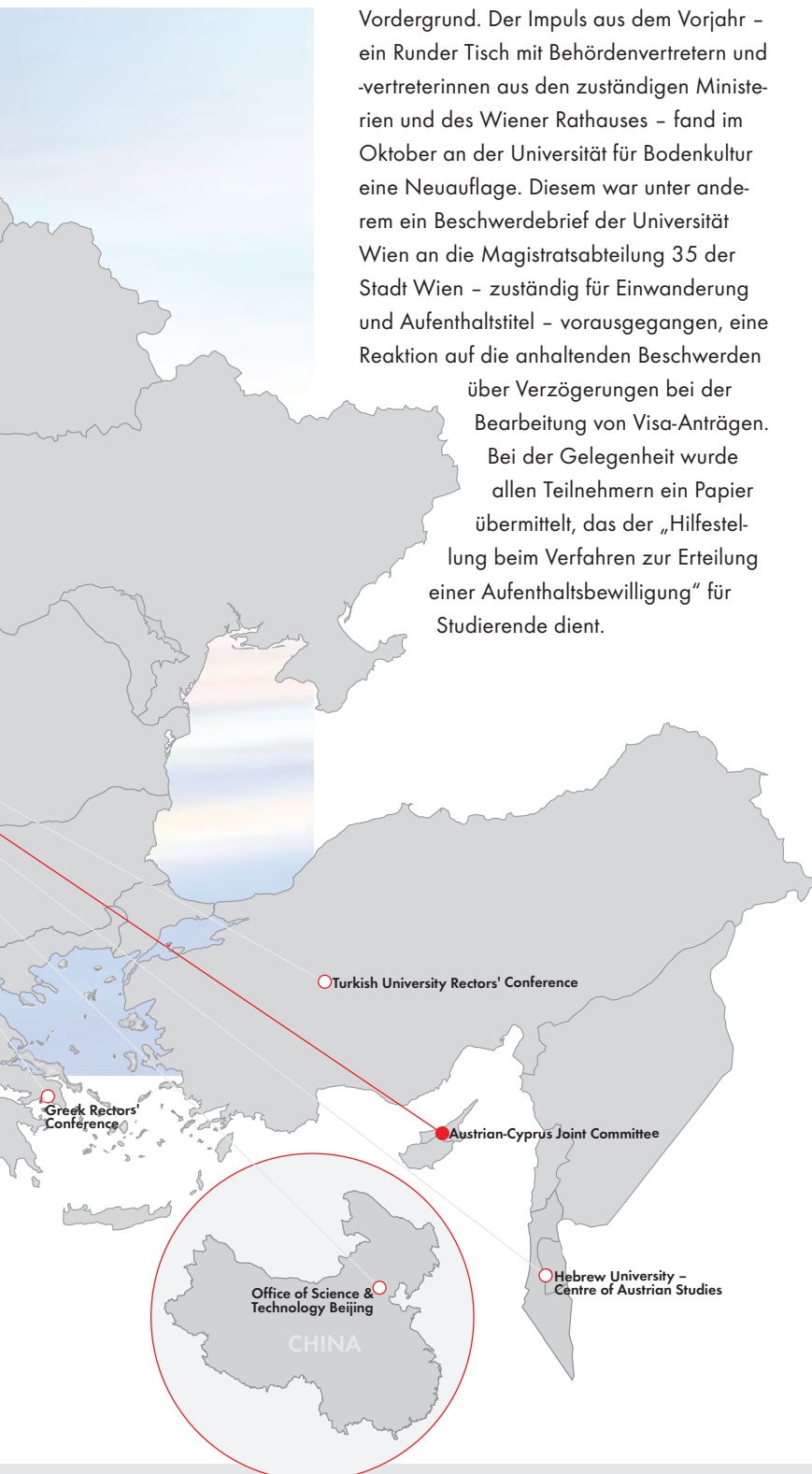
F Unabhängig von der Stafettenübergabe an der Spitze des **Forums Internationales** der Universitätenkonferenz im Herbst 2011 standen für die Mitglieder das Fremdenrecht und die daraus resultierenden Probleme – wie schon in den vergangenen Jahren – im Vordergrund. Der Impuls aus dem Vorjahr – ein Runder Tisch mit Behördenvertretern und -vertreterinnen aus den zuständigen Ministerien und des Wiener Rathauses – fand im Oktober an der Universität für Bodenkultur eine Neuauflage. Diesem war unter anderem ein Beschwerdebrief der Universität Wien an die Magistratsabteilung 35 der Stadt Wien – zuständig für Einwanderung und Aufenthaltstitel – vorausgegangen, eine Reaktion auf die anhaltenden Beschwerden über Verzögerungen bei der Bearbeitung von Visa-Anträgen.

Bei der Gelegenheit wurde allen Teilnehmern ein Papier übermittelt, das der „Hilfestellung beim Verfahren zur Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung“ für Studierende dient.

Die Beseitigung bürokratischer Hürden im Inland und in den Vertretungsbehörden Österreichs im Ausland bildet auch die Voraussetzung für eine erfolgreiche Neuaufstellung des für 2012 angepeilten neuen Hochschulmarketings. Die Vorarbeiten dazu fanden unter der Federführung der OeAD GmbH, der österreichischen Agentur für internationale Mobilität und Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung (vormals Österreichischer Austauschdienst), statt. Unter Einbindung von Mitgliedern des **Forums Internationales** wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die konkreten Anforderungen und Produkte für das Hochschulmarketing zu entwickeln. Mithilfe einer nationalen Incoming-Website soll allen Interessierten auf dem Portal „Willkommen in Österreich“ der Seite www.oead.at ein umfassendes Informationsangebot über Forschen und Studieren in der Alpenrepublik aufbereitet werden.

Der Vorsitzende des **Forums Internationales** und langjährige Rektor der Montanuniversität Leoben, Wolfhard Wegscheider, der das Forum knapp dreieinhalb Jahre geleitet hatte, zog anlässlich der Übergabe der Amtsgeschäfte an Heinz Faßmann, Vizerektor der Universität Wien, eine positive Bilanz über die Aktivitäten des Forums in den vergangenen Jahren, auch hinsichtlich der Erfüllung der 2008 verabschiedeten Zielvorgaben.

Darüber hinaus hat die uniko auch 2011 die institutionellen und informellen Kontakte zu ihren Partnerorganisationen (siehe Grafik) intensiv gepflegt. Höhepunkt war das „Trilaterale Treffen“, das anlässlich des Jubiläums 100 Jahre Österreichische Rektorenkonferenz am 22./23. September in Wien abgehalten wurde. Gemeinsam mit den Mitgliedern der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) und der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK) tauschten die Gastgeber wertvolle Erfahrungen über Hochschulplanung und Wettbewerbsbedingungen sowie Hochschulzugang und aktuelle Entwicklungen in der Qualitätssicherung aus. *mk*



GASTKOMMENTAR

AUDITS ANTE PORTAS: ZUR NEUORDNUNG DER EXTERNEN QUALITÄTSSICHERUNG



Karin Riegler

Dr.ⁱⁿ
Vizerektorin,
Akademie der bildenden
Künste Wien;
Vorsitzende der Generalver-
sammlung und stellvertretende
Vorsitzende des Kuratoriums
der AQ Austria

F Nach jahrelangen Debatten über die Neuordnung der externen Qualitätssicherung im Tertiärbereich trat mit 1. März 2012 das Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz (HS-QSG) in Kraft. Für die österreichischen Universitäten bringt dieses Gesetz zwei grundlegenden Neuerungen: Erstens wurde damit eine neue Einrichtung geschaffen, die Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (AQ Austria), in der die drei bisher bestehenden Qualitätssicherungsagenturen zusammengeführt werden. Zweitens verpflichtet dieses Gesetz die Universitäten zur regelmäßigen Durchführung externer Audits, also Verfahren, in denen das interne Qualitätsmanagementsystem einer Universität durch externe Gutachterinnen bzw. Gutachter bewertet wird.

Die Organe der neuen Agentur sind das Kuratorium, das Board, die Beschwerdekommision und die Generalversammlung. Direkt vertreten sind die Universitäten im Kuratorium mit einem Mitglied sowie in der Generalversammlung mit sechs Mitgliedern. Das zentrale Gremium der Agentur ist das Board, das die Verfahrensstandards definiert, aber auch die Entscheidungen über jedes einzelne durchgeführte Verfahren trifft, also etwa darüber bestimmt, ob das Qualitätssicherungssystem einer Universität zertifiziert wird oder nicht. Darüber hinaus hat das Board die Aufsicht über die Geschäftsstelle der Agentur inne.

Den Universitäten stehen mit dem neuen Gesetz Audits ins Haus, auf deren Grundlage ihre internen Qualitätsmanagementsysteme alle sieben Jahre zertifiziert werden sollen. Die Bereiche, die von den Audits erfasst werden, sind die generelle Qualitätsstrategie der Universität, Studium und Lehre, Forschung und/oder Entwicklung und Erschließung der Künste, Organisation und Administration, Personal, Internationalisierung, gesellschaftliche Zielsetzungen, Informationssysteme sowie Beteiligung von Interessengruppen. Audits können von den Universitäten entweder bei der AQ Austria oder bei einer im Europäischen Register von Qualitätssicherungsagenturen (EQAR) angeführten oder einer anderen international anerkannten Agentur in Auftrag gegeben werden. Erfolgt jedoch die Zertifizierung nur mit Auflagen oder wird sie überhaupt verweigert, so muss spätestens nach zwei Jahren die Erfüllung der Auflagen ausschließlich von der AQ Austria überprüft bzw. ein neuer Audit von der AQ Austria durchgeführt werden.

Ansonsten sind im Gesetz keine unmittelbaren Konsequenzen im Falle einer verweigerten Zertifizierung vorgesehen. Trotzdem müssen sich die Universitäten bewusst sein, dass Audits eine weitere verpflichtende Form der Rechenschaftslegung gegenüber dem Ministerium und auch der Öffentlichkeit – mit allen sich daraus ergebenden Implikationen – darstellen.

BRÜSSELER SPITZEN ALS TEILNEHMER: uniko ERWEITERT IHRE FORSCHUNGSAGENDA

F Ob Wien, Klagenfurt oder Brüssel – bei der Wahl der Treffpunkte zeigten die Mitglieder des **Forums Forschung** 2011 keine Scheu Distanzen zu überwinden: Erstmals in der Geschichte des Forums wurde eine Sitzung in der EU-Hauptstadt abgehalten.

Zur Premiere am 17. Juni konnte der Vorsitzende des Forums und designierte Rektor der Universität Wien, Heinz Engl, hochrangige ortsansässige Prominenz im Brüsseler Büro der TU Graz und in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU begrüßen, allen voran den für Regionalpolitik zuständigen EU-Kommissar Johannes Hahn, Österreichs Wissenschaftsattaché Martin Schmid sowie den stellvertretenden Generalsekretär der European University Association (EUA), John Smith. Anneli Pauli, stellvertretende Generaldirektorin aus der GD Forschung und Innovation in der EU-Kommission, hatte tags zuvor anlässlich eines Empfangs das Maßnahmenpaket zur Umsetzung des Europäischen Forschungsraumes vorgestellt.

Der Kommissar nahm auch auf ein Positionspapier zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik sowie auf die Bestandsaufnahme der Bedürfnisse der europäischen Hochschulen bei der Erschließung der Strukturfonds als Finanzierungsquelle Bezug – Unterlagen, die von der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gemeinsam mit den Rektorenkonferenzen in Polen, Ungarn sowie der uniko erarbeitet und bereits im Vorfeld nach Brüssel weitergeleitet wurden. Hahn sprach den Initiatoren seinen Dank aus und hob die Bemühungen der Kommission hervor, im Rahmen der

Regionalpolitik auch gesamteuropäische Themen wie die Strategie 2020 umzusetzen.

Auch in Wien war das Thema Forschungsfinanzierung als integraler Bestandteil der künftigen kapazitätsorientierten Universitätsfinanzierung eines der wichtigsten Themen des **Forums Forschung**. Vizerektor Engl – er übernahm Anfang Oktober das Amt des Rektors der Universität Wien und legte in der Folge den Vorsitz im Forum zurück – äußerte sich über die Bilanz der letzten Jahre positiv: „Es ist gelungen, in regelmäßigen Diskussionen zwischen Forum und Bundesministerium wichtige Initiativen gemeinsam zu entwickeln, insbesondere das gesamtösterreichische Konzept zum High-Performance-Computing.“ Zu Engls Nachfolgerin als Vorsitzende wurde Vizerektorin Gabriele Kotsis von der Universität Linz gewählt. Sie wird 2012 den Fokus unter anderem auf den Paradigmenwechsel im Europäischen Forschungsraum im Zusammenhang mit dem neuen EU-Rahmenprogramm zur Förderung von Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in Europa 2014 bis 2020 richten.

Viel Aufmerksamkeit wurde einmal mehr der vom **Forum Forschung** betreuten Tagung im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach zuteil. Ausgerichtet von der Veterinärmedizinischen Universität Wien, beleuchtete beim Universitätenforum am 24. August ein hochkarätiges Fachpublikum das Thema „Lebensmittelqualität im 21. Jahrhundert: von den Produktionsgrundlagen zur Konsumenten-erwartung“. mk



ANALYSE

DIE VERNETZUNG DES EUROPÄISCHEN MIT DEM ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHULRAUM



Elisabeth Westphal

Mag.^a
Referentin für
Bologna-Prozess,
Hochschulbildung in Europa
und Lehre

Im Sinne des Europäischen Hochschulraumes (EHR) und einer Vernetzung von nationalen und internationalen Akteuren reichte die Universitätenkonferenz (uniko) mit einigen anderen Partnern zwei Projekte bei der Europäischen Kommission ein, die prompt genehmigt wurden. Diese setzten sich zum einen mit „Lebenslangem Lernen“ (LLL) und zum anderen mit der Doktoratsausbildung auseinander. Erstgenanntes wurde mit nationalen Partnern durchgeführt, Letztgenanntes mit internationalen.

Die Bemühungen um die Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes und Europäischen Forschungsraumes (EFR) schürten im vergangenen Jahrzehnt die Diskussionen um die Neugestaltung der Doktoratsstudien. Im Zuge dessen streben europäische Universitäten nach einer Verbesserung und Transparenz der Ausbildung von Doktoranden/innen, wobei neue, strukturierte Programme und Doktoratsschulen entwickelt werden. Ziel des ARDE-Projekts (Accountable Research Environments for Doctoral Education) ist es, Diskussionen um die Qualität und die Fortschritte dieser Ausbildung voranzutreiben. Bisherige Studien- und Doktoratsprogramme werden analysiert und Umsetzungsstrategien zusammengetragen.

Erste Umfrageergebnisse aus den Mitgliedsländern der European University Association (EUA) wurden bei der jährlichen Konferenz des EUA Council for Doctoral Education in Madrid

Anfang Juni 2011 präsentiert. Diese sollen in vier Workshops ausführlich erörtert werden. Die Themenkomplexe sind wie folgt: Indikatoren und Datensammlung bzw. Monitoring des Doktoratsstudiums; qualitätsgesicherte Betreuung; Karriereentwicklung; Evaluierung und Bewertung der Doktoratsstudien.

Die Ergebnisse des insgesamt zweieinhalb Jahre dauernden und von vier Projektpartnern (EUA, University College Cork, Conference of Rectors of Academic Schools in Poland, uniko) getragenen Projektes werden im Herbst 2012 während einer Doctoral Week vorgestellt.

In Österreich wurde während der letzten Jahre ein reger Dialog zu LLL geführt, worin die uniko von Anfang an eng involviert war. Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt „Strategie für LLL – Nationale Dialogveranstaltungen 2011“ baut auf dem in Österreich geführten Dialog zum Lebenslangen Lernen auf. Im Zentrum stand die gemeinsame Idee, die Erweiterung an Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen im Hochschulbereich zu ermöglichen. Im Oktober wurde eine österreichweite Konferenz „LLL im Hochschulbereich. Mögliche Umsetzungsstrategien“ mit der Fachhochschul-Konferenz ausgerichtet, die nationale Akteure und Akteurinnen zusammenführen sollte. Der Andrang bei der darauf folgenden Veranstaltung im Jänner 2012 machte den Bedarf nach Fortsetzung mehr als deutlich.

LEHRERAUSBILDUNG: uniko-TASK FORCE SETZT PÄDAGOGISCH WERTVOLLE POSITIONSLICHTER

F Das Ringen um die Meinungsführerschaft bei der künftigen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, speziell gegenüber dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, hielt die Mitglieder des **Forums Lehre** der Universitätenkonferenz (uniko) auch 2011 auf Trab, ungeachtet des Wechsels in der Leitung des Forums, der im Spätsommer bzw. Herbst in Etappen vollzogen wurde.

Dem neuen Vorsitzenden des Forums und Leiter der Task Force Lehramt in der uniko, Vizerektor Martin Polaschek von der Universität Graz, platzte wenige Tage vor Weihnachten angesichts der zunehmenden Alleingänge von Unterrichtsministerin Claudia Schmied und ihrer Parole „Aufwertung der Pädagogischen Hochschulen zu Universitäten“ der Kragen. Der uniko-Vertreter übte öffentlich Kritik an dem Kurs, wonach „es um jeden Preis Pädagogische Universitäten geben muss, egal ob wir sie brauchen oder nicht“. Polaschek pochte darauf, dass die großen Universitäten künftig die Führung bei der Ausbildung von Lehrer/innen übernehmen und diese an einer „School of Education“ unter Einbeziehung Pädagogischer Hochschulen (PH) anbieten sollten. Schon zuvor hatte die Task Force ein Positionspapier erarbeitet, in dem die bestehenden Kooperationsmodelle als beispielhaft hervorgehoben wurden.

Zu einer hochschulpolitischen Groteske drohte hingegen die vom Wissenschaftsressort (BMWF) forcierte Voranmeldung für Erstsemestriges auszuarten. Diese Neuregelung für einen Großteil der Studien an insgesamt elf Universitäten, darunter die größten des Landes, sollte mit einer Fristsetzung bis 31. August für das

Wintersemester 2011/12 zu einer besseren Planbarkeit für die Universitäten führen und wurde mit einer aufwändigen Kampagne im In- und Ausland beworben. Aufgrund von massenhaften Mehrfachanmeldungen der Studierenden wurde die Intention der Voranmeldung bald ad absurdum geführt. Obwohl sich daraufhin BMWF, HochschülerInnenschaft (ÖH) und uniko im Herbst auf eine Neuregelung mit Vorverlegung der Inskriptionsfrist (5. September für das Winter-, 5. Februar für das Sommersemester) einigten, blockierte der Koalitionspartner SPÖ einen Beschluss bis ins erste Quartal 2012. Erst im März gelang es, nicht zuletzt auch auf Drängen des **Forums Lehre**, einen Durchbruch zu erzielen, nämlich den Beschluss der entsprechenden Regierungsvorlage im Ministerrat.

Die zur Jahresmitte vollzogene Ablöse an der Spitze des **Forums Lehre** tat der bewährten Kontinuität auch im Hinblick auf die interne Meinungsfindung und die Abstimmung mit der Ministerialbürokratie keinen Abbruch. Nach siebeneinhalb Jahren als Vorsitzender legte Arthur Mettinger, von 1999 bis September 2011 Vizerektor der Universität Wien, die Leitung des uniko-Gremiums im Sommer zurück und wurde kurz nach dem Jahreswechsel zum Rektor der FH Campus Wien bestellt. Die scheidende Vizerektorin der Universität Innsbruck, Margret Friedrich, übernahm ab September interimistisch die Leitung, ehe Martin Polaschek als dienstältestes aktives Mitglied des **Forums Lehre** Mitte November zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde – wie sich in letzten Wochen des Jahres gezeigt hat, eine Weichenstellung mit Signalcharakter. *mk*

ANALYSE

DIENTGEBER UNIVERSITÄT: VOLLBESCHÄFTIGUNG ALS REGELFALL FÜR DAS STAMMPERSONAL



Doris Schöberl
Mag.ª
Stellvertretende
Generalsekretärin,
Rechtsfragen,
Dachverband der
Universitäten

Im Zuge der 2002 stattgefundenen Ausgliederung der Universitäten hatten diese ab Jahresbeginn 2004 die Hoheit über ihr Personal gewonnen. Mit der neuen Freiheit einher ging eine eigenständige Personalplanung und Strukturierung, die aber auch – getrieben durch nicht steuerbare Faktoren (z. B. steigende Studierendenzahlen) – an die gegebenen Notwendigkeiten angepasst werden musste, etwa an ein real nur schwach wachsendes Budget.

Für einen Überblick über die Entwicklung des wissenschaftlichen/künstlerischen Personals werden die Jahre 2005 und 2009 gewählt, da ab 2010 die Kategorien geändert wurden und nicht vergleichbar sind. Im Zeitverlauf lässt sich feststellen, dass das wissenschaftliche/künstlerische Personal insgesamt angewachsen ist, sowohl hinsichtlich der Köpfe von 26.379 auf 32.877 als auch in Bezug auf die Vollzeitäquivalente (VZÄ) von 16.594,3 auf 19.268,6. Die Teilzeitbeschäftigung scheint leicht zu steigen:

Das Verhältnis erhöhte sich von 1,59 auf 1,70. Betrachtet man das Stammpersonal (siehe Grafik), so ist die Vollbeschäftigung noch immer der Regelfall. Die VZÄ stiegen beim Stammpersonal insgesamt um 7,32 Prozent an.

Beim Drittmittelpersonal konnten die Universitäten durch Einwerbung von Projektgeldern ihre Stellenanzahl beträchtlich steigern, so sind die VZÄ um 43,4 Prozentpunkte gestiegen. 2005 waren noch 5.772 Personen (4.790 VZÄ) beschäftigt, 2009 bereits 9.246 Personen (6.870 VZÄ). Die Teilzeitbeschäftigung ist hierbei nur leicht gestiegen und zwar von 1,20 auf 1,35. Die Gruppe der Lektoren hat sich bei den VZÄ von 1.844,9 auf 2.043,2, daher um 10,75 Prozentpunkte erhöht. Diese Gruppe ist traditionell teilzeitbeschäftigt, da hier Spezialwissen zur Ergänzung des Angebotes hinzugefügt wird. Die Wachstumsrate beim wissenschaftlichen/künstlerischen Personal zeigt anschaulich die Leistungsfähigkeit der Universitäten.

ÜBERSICHT ZU DEN UNIVERSITÄTSTYPEN – STAMMPERSONAL:

	Wintersemester 2009 (Stichtag: 31.12.09)			Wachstum %		Wintersemester 2005 (Stichtag: 15.10.05)		
	Kopfzahlen	VZÄ	Verhältnis	Kopf	VZÄ	Kopfzahlen	VZÄ	Verhältnis
KunstUnis	815	719,9	1,13	4,09	1,65	783	708,2	1,11
TechUnis	1.361	1.225,6	1,11	17,02	12,15	1.163	1.092,9	1,06
Unis	4.939	4.306,1	1,15	20,99	14,91	4.082	3.747,3	1,09
MedUnis	2.096	1.986,4	1,06	-4,51	-6,65	2.195	2.128,0	1,03
21 Unis	9.211	8.238,09	1,12	12,02	7,32	8.223	7.676,32	1,07

Das Stammpersonal der Universitäten setzt sich aus den Kategorien 14 (habilitierte Wissenschaftler/Künstler – Universitätsdozenten) und 16 (nicht habilitierte Wissenschaftler/Künstler mit selbstständiger Lehr- und Forschungstätigkeit) der Bildungsdokumentationsverordnung (Bidok) zusammen.

1. DIE uniko IM GLOBALEN DORF.

Als Hausherr richtet Rektor Hans Sünkel an der TU Graz am 14. März ein letztes Mal eine Plenarversammlung der Universitätenkonferenz aus.

2. SCHMUCKSTÜCK DER REPUBLIK.

Anlässlich des Neujahrsempfangs der Universitätenkonferenz am 11. Jänner erhält der Vorgänger von Hans Sünkel als uniko-Präsident, WU-Rektor Christoph Badelt (rechts), das „Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ aus der Hand von Kurzzeitministerin Beatrix Karl.



3



4

3. DIE WEIHE DES HAUSES.

Zwei Regierungsmitglieder als prominente Gäste zum 100-Jahre-Jubiläum der uniko am 27. April: Präsident Hans Sünkel begrüßt am Abend der offenen Tür im uniko-Generalsekretariat in der Wiener Floragasse den frischgebackenen Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle und seine Vorgängerin, die neue Justizministerin Beatrix Karl.

4. REKTORINNEN IM QUARTETT.

Auf Einladung des Klubs der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten treten die vier weiblichen uniko-Mitglieder am 19. September erstmals gemeinsam öffentlich auf: Sonja Hammerschmid, Eva Blimlinger, Christa Neuper, Sabine Seidler (von links).

5. SALZBURGER UNI-FESTSPIELE.

Der Antrittsbesuch von Bundesminister Töchterle beim neuen uniko-Präsidenten Heinrich Schmidinger am 3. November mündet in eine gemeinsame Pressekonferenz im Rektorat der Universität Salzburg.



1



2



5

KOMMENTAR

KUNSTUNIVERSITÄTEN VOR „KOLLATERALSCHÄDEN“ BEI BUDGETVERTEILUNG BEWAHREN



Gerald Bast
Dr.
Sprecher der Arbeitsgruppe
Kunstuniversitäten

F Das Arbeitsjahr der uniko war, einmal mehr, dominiert von der Frage ums Budget. Bis Ende 2011 sollte laut gesetzlicher Regelung das Budgetvolumen für die Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015 vom Wissenschaftsminister im Einvernehmen mit der Finanzministerin festgelegt werden, und es blieb spannend bis zuletzt.

Einmal mehr wurden die Rektorinnen und Rektoren öffentlich kritisiert, dass sie immer nur mehr Geld fordern würden. Die Versuchung, die Budgetproblematik zurückzunehmen und stattdessen allgemein über den Wert künstlerischer und wissenschaftlicher Forschung zu argumentieren, war groß. Wir haben diesem Druck nicht nachgegeben und unseren Druck auf die Politik aufrechterhalten. Mit Erfolg.

Dass Bundesminister Töchterle zum Jahresende die „Universitätsmilliarde“ der Öffentlichkeit präsentieren konnte, war nicht nur seiner Loyalität gegenüber den Universitäten und seiner Hartnäckigkeit und Überzeugungskraft gegenüber der Finanzministerin geschuldet, sondern wohl auch der öffentlichen und öffentlichkeitswirksamen Argumentation der Universitätenkonferenz. Die Milliarde wird zwar nicht die strukturelle Unterfinanzierung des österreichischen Universitätssystems beseitigen, der in Zeiten von Sparpaketen errungene Erfolg des Wissenschaftsministers wird es aber möglich machen, dass die Universitäten zumindest den Status

quo ihres derzeitigen Leistungsangebotes aufrechterhalten werden können.

Es ist auch nicht vergessen, dass der Minister mehrfach versprochen hat, die eklatanten Budgetprobleme der „großen“ Universitäten keinesfalls zu Lasten der „kleinen“, insbesondere der Kunstuniversitäten verringern zu wollen. Die Verweigerung der Abdeckung der Kostensteigerungen für die Kunstuniversitäten würde diese internationalen Aushängeschilder des „Kulturstaates Österreich“ nachhaltig beschädigen, die budgetären Probleme der großen Universitäten und dort der „Massenstudien“ könnten damit nicht einmal im Ansatz gelindert werden.

Und wollte man jetzt bei den kommenden Leistungsvereinbarungen ausgerechnet jene Universitäten, darunter die Kunstunis, budgetär bestrafen, die ein System des Studienzugangs haben, was wäre das für eine fatale politische Botschaft? Ich verwende bewusst das Wort „bestrafen“, weil es üblich geworden ist, rechtspolitische „Kollateralschäden“ als marginale systemische Nebeneffekte einer notwendigen Reform zu sehen. Die Kunstuniversitäten werden sich nicht zu Opfern möglicher Kollateralschäden bei der Budgetverteilung machen lassen; und sollte es zu unerwünschten systembedingten Nachteilen für die Kunstuniversitäten kommen, wird man Wege finden müssen, damit diese ihre international beachtete Rolle als Institutionen von Weltruf beibehalten können.

SPITZENMEDIZIN AN MEDUNIS IST NUR DURCH TOPNIVEAU IN FORSCHUNG UND LEHRE MÖGLICH

Wolfgang Schütz

Univ.-Prof. Dr.
Rektor

Sprecher der Arbeitsgruppe
Medizinische Universitäten



F Drohende Sparmaßnahmen wie die Reduktion der Journaldienste, Einsparungen bei Leistungsprämien und Nachbesetzungen bis hin zu drohenden Personalkündigungen waren im Herbst 2011 das bestimmende Thema an den Medizinischen Universitäten von Wien und Innsbruck. Das Thema ist nach wie vor aktuell, auch wenn, wie im Fall der MedUni Wien, das Wissenschaftsministerium eine Überbrückungshilfe zugesagt hat.

Über Jahre hinweg hat sich ein Ungleichgewicht zwischen Forschung und Lehre auf der einen Seite und der Routinekrankenversorgung auf der anderen Seite eingestellt. Die Wissenschaftler/innen an den österreichischen Medizinischen Universitäten sind zum überwiegenden Teil gleichzeitig Ärzte und müssen in letzterer Funktion mittlerweile bis zu 80 Prozent ihrer Zeit für die reine Krankenversorgung aufwenden. Damit ist jeglicher Spielraum für Forschung und Lehre verloren gegangen.

Aber nur wenn sich die drei Säulen Medizinischer Universitäten – nämlich Forschung, Lehre und Krankenversorgung – in einem ausgewogenen Verhältnis befinden, ist auch zukünftig Spitzenmedizin an den heimischen MedUnis möglich. Spitzenmedizin, die sich in der opti-

malen Betreuung von Patientinnen und Patienten ebenso manifestiert wie in der Topqualität der Ausbildung unserer Studierenden und in der Anzahl von weltweit beachteten Forschungsergebnissen.

In einer Umfrage in allen EU-Ländern erhielt das österreichische Gesundheitssystem von den österreichischen Bürgerinnen und Bürgern die zweitbeste Bewertung. Nur die belgische Bevölkerung ist noch zufriedener mit ihrer medizinischen Versorgung. Das ist natürlich auch das Verdienst der Medizinischen Universitäten. Das gelingt aber nur, wenn Spitzenmedizin mit Spitzenforschung Hand in Hand geht und Innovationen zulässt. Das wiederum ist nur möglich, wenn die Studierenden auf Topniveau ausgebildet werden.

Innovationen in der Lehre sind für die Entwicklung einer Medizinischen Universität von großer Bedeutung. Nur wenn Innovationen umgesetzt werden, kann Spitzenforschung an den Medizinischen Universitäten in Österreich auch für die Zukunft garantiert werden. Dazu ist es aber nötig, dass auch die heimische Politik und die Gesellschaft sich der großen Bedeutung von Forschung und Lehre bewusst werden und die Mittel ausschütten, um das derzeitige Topniveau nachhaltig zu sichern.

GASTKOMMENTAR

DELEGIEREN STATT ENTSCHEIDEN: ZUM ZUSTAND DER HOCHSCHULPOLITIK



**Alexandra
Förderl-Schmid**
Dr.ⁱⁿ
Chefredakteurin
DER STANDARD

F Die Auseinandersetzung um die Studiengebühren ist typisch für den Zustand der österreichischen Hochschulpolitik. Regierung und Parlament interessieren sich nur peripher dafür. Und der zuständige Minister Karlheinz Töchterle, ein Mann ohne Hausmacht, sucht sein Heil in Einzelvorstößen.

Dabei macht er es sich einfach: Töchterle reicht die Gebührenfrage an die Universitäten weiter. Dabei wird den Unis eine Entscheidung aufgebürdet, die eigentlich auf politischer Ebene zu fällen ist. Doch da herrscht parteipolitisches Patt zwischen SPÖ und ÖVP, das wohl vor der nächsten Wahl 2013 nicht aufzulösen sein wird.

In den vergangenen Jahren ist die Frage der Studiengebühren in Österreich vor allem emotional und mit ideologischen Scheuklappen diskutiert worden. Dafür oder dagegen – Schwarz oder Rot. Am Gesetz, das das Verfassungsgericht zurückgeschmissen hat mit dem Auftrag, es zu verbessern, haben aber auch FPÖ, BZÖ und Grüne mitgewirkt.

Politiker werden in einer repräsentativen Demokratie in Funktionen gewählt, um Entscheidungen zu treffen. Da sich auch Töchterle mit Verweis auf den Koalitionspartner vor einer Entscheidung drückt, werden die Unis unter Zugzwang gesetzt. Als ehemaliger Rektor weiß Töchterle nur zu gut, dass die Universitäten

jeden Euro brauchen und Klagen in Kauf nehmen. Daher gehen die meisten das Risiko ein, vor der Justiz zu landen. Denn setzen einzelne Studierende oder die Österreichische HochschülerInnenschaft ihre Klagedrohungen um, dann sind Prozesse die Folge – die weder die Kläger noch die Beklagten wollen. Das ist eine absurde Situation. Sie demonstriert jenseits des Sparpakets das fehlende Gestaltungsvermögen der Politik.

Erforderlich ist ein Gesamtkonzept für die Universitäten, das die Finanzierung und den Zugang regelt. In dem Zusammenhang ist es unabdingbar, nicht nur über Forschungsmilliarden zu reden (die allen gebühren), sondern auch über eine Reform des Stipendiensystems. Wobei Ausstattung der Unis und der Preis der Studien zusammenhängen: Denn es ist eine zentrale Frage, ob man zu Bedingungen, wie sie derzeit an den meisten Instituten in Österreich herrschen, überhaupt Geld verlangen kann.

Dazu kommt: Zugangsregelungen sind für viele Universitäten, insbesondere im Westen, durch den Andrang aus Deutschland angesichts der begrenzten Kapazitäten drängender. Solange die Politik aber nicht die Dringlichkeit wahrnimmt, wie sie etwa Pensionisten und ihre Vertreter vermitteln können, wird sie die Problemlösung weiter auf die Ebene der Universitäten verlagern: Delegieren statt entscheiden. 

REKTOREN UND IHR CHEF: ZWISCHEN HÖHERER BERUFUNG UND MORALISCHER INSTANZ

Manfred Kadi
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit



Neue Köpfe, neue Namen – beim beliebtesten Spiel der Medien mischte 2011 auch die Universitätenkonferenz mit. Die Frage, wer Hans Sünkel als Präsident der uniko nachfolgen könnte, war zwar für alle Beteiligten bis zuletzt ungewiss, füllte aber schon Wochen vor der Wahl die Zeitungsspalten; ganz so, als handelte es sich um einen vakanten Regierungsposten. Mit der Besetzung des Wissenschaftsressorts durch einen Rektor wurde tatsächlich der Nachweis erbracht, dass Personen mit der Erfahrung einer Universitätsleitung nicht nur als ministrabel gelten, sondern auch zu allerhöchsten Ämtern berufen erscheinen: Karlheinz Töchterle, erst seit April 2011 Mitglied der Bundesregierung, wird von Zeitungen mittlerweile als Bundespräsidentenskandidat gehandelt.

Der Leumund eines Universitätsrektors bzw. einer -rektorin hat somit nach wie vor einen Wohlklang, nicht zuletzt den Status einer moralischen Instanz. Der langjährige Rektor der TU Graz, Hans Sünkel, hat es in nur 21 Monaten Amtszeit als uniko-Präsident geschafft, ungeachtet anfänglicher medialer Kritik sein Renommee noch auszubauen.

Was auch als Frucht seiner kontinuierlichen Präsenz in allen denkbaren Print- und elektronischen Medien zu verstehen ist. Vom Boulevardprodukt über Qualitätsblätter und Wochenmagazine bis zu in- und ausländischen Radio-

stationen, darunter der Deutschlandfunk: Hans Sünkel ließ kein Mikrofon aus, keinen Kameramann stehen, stellte sich jedem mit Mikrokassettenrecorder und Schreibblock bewehrten Journalisten von Angesicht zu Angesicht oder am Telefon und betrat mit Begeisterung die angebotenen Online-Chatrooms. Zuweilen kompromisslos, vor allem sich selbst gegenüber, bis an die Grenzen physischer Leistungsfähigkeit gehend, fühlte er sich den Anliegen der Universitäten als deren oberster Repräsentant sowie dem eigenen Berufsethos verpflichtet; ein vorläufiges Lebenswerk, das auch der Bundespräsident am letzten Tag von Sünkels Amtszeit, anlässlich der Feier zu 200 Jahre TU Graz, mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen der Republik würdigte.

Sünkels Nachfolger Heinrich Schmidinger lässt gleichfalls keinerlei Berührungängste mit den Medien erkennen: Binnen weniger Monate ist der Name des Rektors der Universität Salzburg in den meisten Redaktionen des Landes heimisch geworden. Nicht einmal die 300-Kilometer-Distanz Salzburg – Wien kann die Erfüllung von Interviewanfragen behindern. Nimmt man allein die Anzahl der APA-Meldungen der zweieinhalb Monate bis Jahresende als Gradmesser, nämlich 18 Aussendungen mit Stellungnahmen bzw. Erwähnungen des neuen uniko-Präsidenten, so dürfte es nicht schwerfallen, die mediale Trefferquote auch 2012 auf Rekordniveau zu halten.

ORGANE DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTENKONFERENZ 2011

PRÄSIDENT

Hans Sünkel

Technische Universität Graz
bis 30. September

Bis 9. Oktober

PRÄSIDIUM

Gerald Bast

Vizepräsident,
Universität für angewandte Kunst Wien

Christoph Badelt

Wirtschaftsuniversität Wien

Alfred Gutschelhofer

Universität Graz, bis 30. September

Heinrich Schmidinger

Universität Salzburg

Wolfgang Schütz

Medizinische Universität Wien

Georg Winckler

Universität Wien, bis 30. September

Richard Hagelauer (kooptiert)

Universität Linz

Heinrich C. Mayr (kooptiert)

Universität Klagenfurt

Karlheinz Töchterle (kooptiert)

Universität Innsbruck, bis 20. April

Ab 10. Oktober

PRÄSIDENT

Heinrich Schmidinger

Universität Salzburg

PRÄSIDIUM

Gerald Bast

Vizepräsident,
Universität für angewandte Kunst Wien

Christoph Badelt

Wirtschaftsuniversität Wien

Heinz Engl

Universität Wien

Christa Neuper

Universität Graz

Wolfgang Schütz

Medizinische Universität Wien

Sabine Seidler

Technische Universität Wien

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler
ab 1. Oktober:
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinz Engl

Medizinische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschelhofer
ab 1. Oktober:
Rektorin Univ.-Prof. Dr. Christa Neuper

Medizinische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Karlheinz Töchterle
ab 21. April: geschäftsführender Rektor
Univ.-Prof. Dr. Tilmann Märk

Medizinische Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Dr. Herbert Lochs

Universität Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Technische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Skalicky
ab 1. Oktober:
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Sabine Seidler

Technische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel
ab 1. Oktober:
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald Kainz

Montanuniversität Leoben

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.
Dr. Wolfhard Wegscheider
ab 1. Oktober:
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wilfried Eichlseder

Universität für Bodenkultur Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Martin H. Gerzabek

Veterinärmedizinische Universität Wien

Rektorin Dr. Sonja Hammerschmid

Wirtschaftsuniversität Wien

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

Universität Linz

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Richard Hagelauer

Universität Klagenfurt

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich C. Mayr

Akademie der bildenden Künste Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Stephan Schmidt-Wulffen
ab 1. Oktober: Rektorin Mag. Eva Blimlinger

Universität für angewandte Kunst Wien

Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik

und darstellende Kunst Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Werner Hasitschka

Universität Mozarteum Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit

Universität für Musik

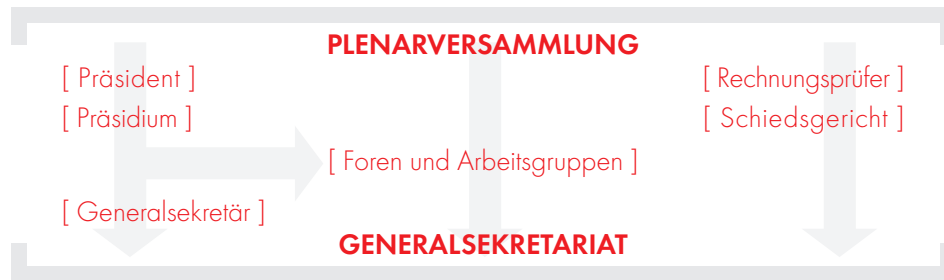
und darstellende Kunst Graz

Rektor Univ.-Prof. MMag. Dr. Georg Schulz
ab 1. Oktober: geschäftsführender Vizerektor
Univ.-Prof. Mag. Dipl.-Ing. Dr. Robert Höldrich

Universität für künstlerische

und industrielle Gestaltung Linz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier



FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

Budget und Ressourcen

Vorsitz:

*Rektor Alfred Gutschelhofer
Universität Graz,
ab 11. November:
Vizekanzler Franz Wurm
Medizinische Universität Wien*

Arbeitsplattformen:

*BURE – Budget und Rechnungswesen
IUF – Infrastruktur und Facility Management
LVM – Leistungsvereinbarung und -messung*

Forschung und Erschließung der Künste

Vorsitz:

*Vizekanzler Heinz Engl
Universität Wien,
ab 21. Oktober:
Vizekanzlerin Gabriele Kotsis
Universität Linz*

Subarbeitsgruppen:

*IPR (Intellectual Property Rights)
Universitätenforum Alpbach
Supercomputing
IPAG (Intellectual Property Agreement Guide)*

Internationales

Vorsitz:

*Rektor Wolfhard Wegscheider
Montanuniversität Leoben,
ab 4. November:
Vizekanzler Heinz Faßmann
Universität Wien*

Task Force:

*Bildungsexport und Internationalisierungs-
Strategie für den tertiären Bereich*

Lehre

Vorsitz:

*Vizekanzler Arthur Mettinger
Universität Wien,
ab 21. November:
Vizekanzler Martin Polaschek
Universität Graz*

Subarbeitsgruppen:

*UPH-KOOP – Kooperationen:
Universitäten – Pädagogische Hochschulen
Pharmazie
Vorankündigung*

Task Force:

Lehramt

Personal

Vorsitz:

*Rektor Georg Winckler
Universität Wien,
ab 21. November:
Rektor Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien*

Task Force Gender & Diversity

Vorsitz:

*Vizekanzlerin Karin Gutiérrez-Lobos
Medizinische Universität Wien*

Subarbeitsgruppe:

Dual Career

AG Medien:

Vorsitz:

*Rektorin Sonja Hammerschmid
Veterinärmedizinische Universität Wien*

DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

Vorsitz:

*Rektor Georg Winckler, Universität Wien,
ab 21. November:
Rektor Wolfgang Schütz, Medizinische Universität Wien*

ORGANE

ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

Kunstuniversitäten

Sprecher:

*Rektor Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien*

Medizinische Universitäten

Sprecher:

*Rektor Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien*

TERMINE DER PLENARVERSAMMLUNGEN 2011

- 34. ordentliche Plenarversammlung**
am 14. März 2011
Technische Universität Graz
- 6. außerordentliche Plenarversammlung**
am 26. April 2011
Generalsekretariat der
Universitätenkonferenz
- 35. ordentliche Plenarversammlung**
am 6. Juni 2011
Veterinärmedizinische Universität Wien
- 36. ordentliche Plenarversammlung**
am 10. Oktober 2011
Wirtschaftsuniversität Wien
- 7. außerordentliche Plenarversammlung**
am 24. Oktober 2011
Generalsekretariat der
Universitätenkonferenz
- 8. außerordentliche Plenarversammlung**
am 28. November 2011
Generalsekretariat der
Universitätenkonferenz
- 37. ordentliche Plenarversammlung**
am 5. Dezember 2011
Universität Salzburg

AKTIVITÄTEN DER uniko IN ZAHLEN 2011

Plenarversammlungen	7
Präsidiumssitzungen	13
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen (inkl. Dachverband der Universitäten)	61
Tagungen, die von der uniko (mit)veranstaltet wurden	8
Beschickte Tagungen im Ausland	18
Beschickte Tagungen im Inland	109
Empfänge ausländischer Gäste	7
Pressekonferenzen / Pressegespräche	11
Presseaussendungen	23
Newsletter	9
Offizielle Stellungnahmen	10

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

Vorstand:

Präsident

Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner

Stellvertreter des Präsidenten

Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel
ab 10. Oktober: Rektor Univ.-Prof.
Dr. Heinrich Schmidinger

Schriftführer

Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

Kassier

Dr. Gerhard Riemer

GENERALSEKRETARIAT

Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär



Doris Schöberl
Mag.^a
Stellvertretende
Generalsekretärin
Rechtsfragen
Dachverband der
Universitäten



Nadine Jauk
MMag.^a
Internationales
ab 1. August
Bildungskarenz



David Baldinger
Mag.
Internationales
ab 1. September



Manfred Kadi
Öffentlichkeitsarbeit



Wolfgang Nedobity
Mag.
Budget
Forschung



Gerda Priessnitz
Organisation



Elisabeth Westphal
Mag.^a
Bologna-Prozess
Hochschulbildung
in Europa
Lehre
ab 15. Dez. Karenz



Sylwia Krul
Sekretariat



Julia Reischl
Assistentin
Lehre und
Bologna-Prozess



EIN BEWÄHRTER KOOPERATIONSPARTNER DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTEN



F Der Neujahrsempfang der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) fand am 11. Jänner 2011 – wie schon in den Jahren zuvor – im historischen Festsaal „Oktogon“ der Bank Austria in der Wiener Schottengasse statt. Bank Austria Vorstand Jürgen Danzmayr (im Bild letzte Reihe, Dritter von rechts) begrüßte die Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, Dr. Beatrix Karl (erste Reihe, Dritte v. links), den uniko-Präsidenten, Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel (erste Reihe, Dritter v. rechts), sowie zahlreiche Gäste aus Forschung und Lehre, Politik, Verwaltung, diplomatischem Corps und Medien. Isabella Köller vom Bank Austria UniversitätsService (erste Reihe, Zweite v. rechts) führte durch den Abend.

Universitäten als tragende Säulen des Standortes Österreich

Jürgen Danzmayr, Vorstand für Private Banking, freute sich angesichts der 100. Wiederkehr der Gründung der vormaligen Rektoren-, jetzt Universitätenkonferenz ganz besonders darüber, dass die Bank Austria der Dachorganisation der 21 staatlichen Universitäten weiterhin als offizieller Partner zur Seite steht.

Danzmayr unterstrich, dass Österreichs Wirtschaft – und damit auch die Bank Austria als führende Bank in Zentral- und Osteuropa – in Zeiten verschärften internationalen Wettbewerbs mehr denn je auf leistungsfähige Universitäten und auf bestens ausgebildete Absolventinnen und Absolventen angewiesen sei. Er halte es daher für geradezu zwingend, dass Österreich auch in Zeiten der Budgetkonsolidierung kräftig in Forschung und Bildung investiere. Schließlich seien die Universitäten tragende Säulen des Standortes Österreich.

„Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, ist Übermut nicht förderlich, Demut nicht angebracht, jedoch Mut sehr wohl erforderlich“, betonte uniko-Präsident Hans Sünkel. Die künftigen Rahmenbedingungen würden nicht nur durch das Budget definiert, sondern umfassten gleichermaßen „Baustellen“ wie Hochschulplan und Hochschulzugang sowie Studienplatzfinanzierung und private Finanzierungsmodelle. All diese Themen könnten das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sowie die Universitäten nur gemeinsam erfolgreich bewältigen.



